

# AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: [Chefsekretariat@apb-tutzing.de](mailto:Chefsekretariat@apb-tutzing.de)



## Angriff auf die moderne Staatlichkeit

Der 11. September offenbart die Zerbrechlichkeit der Zivilisation

**W**ird wirklich nichts mehr sein wie vorher? Wir haben gewiss einige Illusionen verloren über die Unangreifbarkeit unserer Existenz. Aber längst führen wir wieder unsere gewohnten Diskussionen, z.B. über die Verhältnismäßigkeit der nach innen und aussen einzusetzenden Gegenwehr. Das ist gut so; denn die offene Gesellschaft kennt keine Einstimmigkeit, und die Freiheit der Gedanken, des Wortes und des Dissenses dürfen wir uns durch Terrorismus schon gleich gar nicht nehmen lassen, so sehr er auch auf Konsens drängt, um die angemessene Verteidigung gegen ihn zu finden.

Solange wir auch darüber streiten, bleiben wir der Gesellschaftsform treu, die Fundamentalisten zerstören wollen. Überraschend erscheint vor allem die Überraschung, die der am 11. September erbrachte Nachweis der Zerbrechlichkeit unserer Zivilisation ausgelöst hat. Es ist relativ einfach, unser System der Daseinsführung und seine hochkomplexe Infrastruktur herauszufordern, es an symbolischen oder auch existenziellen Schnittstellen lahmzu-

legen, Leib und Leben zu gefährden. In seiner Komplexität kann es nur funktionieren, weil sich tagtäglich Millionen von Menschen an Regeln und Funktionalitäten orientieren – kurz sich so verhalten, wie die Situation definiert ist. Und Abermillionen verlassen sich darauf, dass genau das geschieht. In New York und Washington geschah eben dies nicht mehr.

Im Kleineren gab es vorher schon Ähnliches. So hätten wir durchaus wissen können, dass es auch im Größeren geschehen kann – an jedem Ort, zu jeder Stunde und mit jedem denkbaren Mittel. Der Terror erklärt seine Kriege nicht mehr mit Trommelschlag und Trompetenschall. Er zielt auch nicht vordringlich auf Territorien und Armeen, sondern aufs Herz des modernen Staates, nämlich auf das existenzielle Vertrauen in die Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Der zweite Angriff gilt der modernen Staatlichkeit schlechthin. Ihre Basis ist die weltanschauliche, die religiöse Neutralität des Staates, die vielfältigen Weltdeutungen und Wertesystemen Existenz- und Entfaltungsrecht garantiert. Der Staat der offenen

Gesellschaft stellt weder Wahrheitsfragen noch -ansprüche. Er unterbindet solche Fragen nicht, auch nicht die Antworten. Aber er unterbindet ihre öffentliche Verbindlichkeit. Jahrhunderte hat die Geistesgeschichte durchlaufen, bis sie diesen Grundlagen des Pluralismus Geltung verschaffte. Sie verlangen allen Überzeugten Toleranz und Respekt gegenüber anderen Überzeugungen ab.

Was wir dagegen gesehen haben, ist eine Privatisierung geradezu kriegereischer Gewalt aus fundamentalistischer Gewissheit. In Staat und Politik können wir solche Gewissheiten weder teilen noch konzessionieren. Wir können sie, soweit sie sich mit menschenverachtenden Aggressionen paaren, auch nicht respektieren und tolerieren. Die Ereignisse werfen uns auf alte Grundfragen zurück, die wir beantwortet glaubten. Offenbar stellen sie sich aufgrund der Globalisierung und der Migration von Menschen und Ideen neu – auch für uns.

*Heinrich Oberreuter*

### Internationales Forum:

#### Krieg in den Medien - Medien im Krieg

Bilder in Medien machen Politik. Sie können das Publikum manipulieren, wachrütteln und Emotionen wecken. Noch vor den Terrorangriffen auf die USA und dem Afghanistan-Krieg beschäftigte sich eine Tagung mit der Macht der Bilder.

**Siehe Seite 3-5**

### 4. Passauer Tetralog:

#### Den Europäern fehlt eine Vision

„Die Öffnung nach dem Osten“ stand heuer auf der Tagesordnung der Diskussion innerhalb der Europäischen Wochen. Internationale Experten forderten die Erweiterung im Herzen, nicht nur im Geldbeutel.

**Siehe Seite 9-10**

# Inhaltsverzeichnis

|   | Seite |
|---|-------|
| <i>Internationales Forum:</i>   |       |
| <b>Krieg in den Medien - Medien im Krieg</b>                                | 3     |
| <i>Tutzing International Forum:</i>   |       |
| <b>Russland - Weltmacht im Wartestand?</b>                                  | 6     |
| <i>4. Passauer Tetralog:</i>  |       |
| <b>Den Europäern fehlt eine Vision</b>                                      | 9     |
| <i>Die Zukunft Europas:</i>   |       |
| <b>Föderalismus-Modelle sind nicht übertragbar</b>                          | 11    |
| <i>Entwicklungspolitik:</i>   |       |
| <b>Berufliche Bildung für Schwellen- und Entwicklungsländer</b>             | 15    |
| <i>Migration und Integration:</i>   |       |
| <b>Eine Moschee für Lauingen</b>  | 17    |
| <b>Bürgerschaftliches Engagement: Kenntnisse und Fähigkeiten aktivieren</b> | 19    |
| • <b>Neue Assistentin</b>   |       |
| • <b>Politisch kommentieren mit Heribert Prantl</b>                         |       |
| • <b>Gedankenaustausch mit Offizieren</b>                                   |       |
| • <b>Kein Quäntchen Übertreibung</b>  | 22    |
| <i>Internet-Workshop D-A-S-H:</i>   |       |
| <b>Weltweites Netz gegen Fremdenfeindlichkeit</b>                           | 23    |
| <b>Multimedia im Politik-Unterricht</b>                                     | 25    |
| <b>Mobilisierung der Demokratie</b>   | 28    |
| <b>Der 13. August 1961: Die Berliner Mauer als Zäsur</b>                    | 31    |
| <b>Partner und Mahner der Politik</b>                                       | 34    |
| • <b>Sommerfest 2001</b>  |       |
| • <b>Außenpolitik aus erster Hand</b>                                       | 35    |
| Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen                              | 36    |
| Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter                               | 37    |
| Förderkreis   | 38    |
| Themen - Tagungen - Termine   | 39    |
| Namen und Nachrichten / Anmeldeformular                                     | 44    |

## Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

## Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Hans **Maier**

## Vorsitzender des Beirats:

Siegfried **Kett**

## Kollegium:

Dr. Horst **Denzer**, Dozent

Grundsatzfragen von Staat und Politik, Internationale Politik

Klaus **Grosch**

Internat. Politik, Landeskunde, Sozialpolitik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Peter **Hampe**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt

Wirtschaftsordnung, Extremismus, Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Piazolo**, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Pers. Referent des Direktors  
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**

Gesellschaft und Umwelt,  
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**

Ethik und Politik, Internationale Beziehungen

## Organisationsreferat:

Elke **Leisching**

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

## Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82323 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: [Chefsekretariat@apb-tutzing.de](mailto:Chefsekretariat@apb-tutzing.de)

Redaktion:

Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich **Oberreuter**  
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**  
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH

Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin **Rappenglück**, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben



## Krieg in den Medien – Medien im Krieg

### „Was im Fernsehen nicht zu sehen ist, existiert nicht“

**Bilder in Medien machen Politik. Bilder können Zuschauer manipulieren, wachrütteln und Emotionen wecken. Täglich erlebt das Publikum am heimischen Fernsehapparat, wie Menschen bei Konflikten ums Leben kommen. In welchem Maße beeinflussen Medien durch solche Bilder? Können gezeigte Bilder eventuell sogar Kriseninterventionen auslösen? Welche Macht geht heute von Bildern aus und wer nutzt sie wofür? Antworten auf diese Fragen versuchten Experten aus Medien, Wissenschaft und dem Militär beim Tutzingener Internationalen Forum „Macht der Bilder - Internationales Krisenmanagement und Medien“ zu geben, einer Kooperation mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft unter Leitung von Horst Denzer und Barbara Könitz. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Beispiele Balkan- und Golfkrieg sowie der Nahostkonflikt. Die Tagung fand vor den Terrorangriffen gegen die USA und dem Afghanistan-Krieg statt. Wie funktioniert hier Krisenmanagement? Welche Probleme gab und gibt es bei der Berichterstattung aus diesen Regionen? Wurde durch diese Berichterstattung die öffentliche Meinung beeinflusst - oder gar manipuliert?**

**W**elche Bilder bringt der Zuschauer mit diesen Beispielen zuerst in Verbindung? Auf dem Balkan die Bilder von vertriebenen Menschen; im Nahostkonflikt Steine werfende Palästinenser; im Golfkrieg die videospielähnlichen Bilder von Raketen kurz vor ihrem Einschlag. Diese Bilder machen betroffen, sie können auch faszinieren. Die in einem solchen Krisenszenario beteiligten Akteure - Politiker, Soldaten und Journalisten - versuchen dabei, ihren Standpunkt in einem möglichst guten Licht erscheinen zu lassen. Die Versuchung, die Öffentlichkeit dabei zu manipulieren, ist für alle Seiten verlockend. Doch zur Manipulation gehören immer zwei: diejenigen, die manipulieren und diejenigen, die sich manipulieren lassen. All zu oft glaubt der Zuschauer nur das, was er sieht. Doch wer entscheidet darüber, was das Publikum wann aus welcher Perspektive sieht? Wer kann wen manipulieren? Die Militärs können die Medien manipulieren. So geschehen im Golfkrieg: „Teile des ‚klinisch sauberen Krieges‘ wurden in einer Wüste in Texas gedreht und dann den Medien als Ori-

ginalaufnahmen im Irak vorgelegt“, sagte der Journalist Veit Lennartz. Können den Medien deswegen Vorwürfe gemacht werden? Sicher nicht, denn wie sollten Journalisten diese

en und somit die Öffentlichkeit hinter sich zu bringen, meinte ZDF-Redakteur Martin Weiss, der lange Zeit vom Balkan berichtete. Vor allem im Bosnienkrieg fragten sich die Journalisten oft: „Wer ist da eigentlich der Gute, wer der Böse?“, so Weiss weiter. Bei solch unklaren Situationen können also Journalisten - aber auch Militärs, Politiker und NGO's - zum Instrument der einen oder der anderen Seite werden. Deshalb sei die journalistische Sorgfaltspflicht gerade in solchen Regionen unabdingbar, meinte BR-Journalist Franz Stark. Dennoch vollführen Kriegs- bzw. Krisenberichterstatte Drahtseilakte: Wertvolle Informationen aus erster Hand bekommt ein Journalist nur, wenn er Personen der einen oder anderen Konfliktpartei gut kennt und diese ihm auch vertrauen. Nutzt er diese Informationen zu einer negativen Berichterstattung, so verliert er das Vertrauen seiner Informanten und somit auch den Informationsvorsprung vor der Konkurrenz. Er behält



*v.l.: Veit Lennartz, Klaus Naumann, Horst Denzer, Martin Weiss, Manfred Eisele, Barbara Könitz*  
*Fotos: eh*

manipulierten Bilder überprüfen? Aber auch die Medien können ihrerseits durch (manipulierte) Aufnahmen sowohl die Politik als auch das Militär unter Druck setzen. Die Konfliktgegner selber versuchen ihrerseits wiederum, mit Opferbeiträgen die Medi-

andererseits das Vertrauen seiner Informanten, wenn er positiv über sie berichtet. Er läßt sich somit unter Umständen selbst manipulieren. „Eine objektive Berichterstattung aus Kriegsgebieten kann es eigentlich nicht geben“, so Stark.

## Bemühen um Objektivität

Stark meinte damit aber nicht, dass sich Journalisten nicht um eine objektive Berichterstattung bemühen sollten. Dies bemängelte er - und viele seiner Kollegen - bei der vieldiskutierten Dokumentation zum Kosovokrieg „Es begann mit einer Lüge“.

Der Mitautor dieses Films, Mathias Werth, bestritt in einem Streitgespräch mit Stark den Vorwurf der Subjektivität oder gar der Manipulation: Er wollte nur zeigen, wie Verteidigungs-



*Franz Stark: „Objektive Kriegsberichterstattung gibt es streng genommen gar nicht.“*

minister Scharping versuchte, während der NATO-Luftschläge unter deutscher Beteiligung die bröckelnde Zustimmung in der deutschen Bevölkerung zurückzugewinnen. Dies geschah nach der Ansicht Werths dadurch, dass Scharping die Berichte und Bilder aus dem Kosovo manipulieren ließ bzw. überbewertete. Werth zufolge gab es vor den NATO-Luftangriffen auf Jugoslawien keine humanitäre Katastrophe - „höchstens eine humanitäre Krise“. Erst durch die Angriffe der NATO setzte eine massenhafte Fluchtwelle aus dem Kosovo ein. Doch wo liegt der Unterschied zwischen einer humanitären Krise und einer humanitären Katastrophe, fragte sich nicht nur Franz Stark. So gebe es nach Starks Meinung heute mehr Quellen, die gegen die Thesen Werths sprechen. Stark räumte aber ein, dass nicht alles, was im Film gezeigt wurde, falsch sei. Jedoch sei der Film in seiner Gesamtheit zu einseitig. Gera-

de in Jugoslawien wurde diese Dokumentation dazu mißbraucht, um die NATO als den eigentlichen Aggressor darzustellen. Stark fügte außerdem noch hinzu, dass der Kosovokrieg eine lange Vorgeschichte habe und nicht erst mit den NATO-Luftangriffen begann. Deshalb sei aufgrund der damaligen Lage ein Einsatz der NATO gerechtfertigt gewesen. Dem widersprach Werth: „Die Chance auf eine friedliche Lösung wurde von den westlichen Staaten leichtfertig vergeben.“ An dieser Aussage sind jedoch Zweifel angebracht: Hätte die NATO so lange warten sollen, bis der Kosovo 'ethnisch gesäubert' gewesen wäre? Richtig ist, dass der NATO-Einsatz ohne UN-Mandat gestartet worden war. Dies bleibt als Manko festzuhalten.

## Genozid verhindern

Andererseits waren nun einmal Rußland und China im UN-Sicherheitsrat nicht bereit, ein UN-Mandat für das Kosovo zu erteilen. General a.D. Klaus Naumann sagte, dass Milosevic ihm gegenüber in einer Unterredung das Wort „Endlösung“ in bezug auf die Kosovo-Albaner in den Mund nahm. Dies würde er im Zweifelsfall auch am Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte in Den Haag gegen Milosevic aussagen. Deshalb war nach der Überzeugung Naumanns das Eingreifen der NATO - auch ohne UN-Mandat - richtig gewesen, um im Kosovo einen Genozid zu verhindern.

Doch wie sieht nun die Zukunft in dieser Krisenregion aus? Hier ist die Politik gefragt. Eines scheint dabei klar zu sein: eine langjährige Präsenz von Schutztruppen in dieser Region ist unabdingbar. Denn kaum beruhigt sich die Lage in einem Gebiet auf dem Balkan, dann bricht an einer anderen Stelle die nächste Krise aus. Naumann brachte diesen Zustand auf den Punkt: „Die Abwesenheit von Krieg in einer Region auf dem Balkan bedeutet noch lange nicht Frieden.“ Deshalb muß im Mittelpunkt der Bemühungen nicht nur die möglichst kurzfristige Beendigung eines Konfliktes stehen, sondern es muß von Anfang an klar sein, wie man einen nachhaltigen Frieden

schaffen kann. Leider wird diesem Punkt in den Planungen zu wenig Beachtung geschenkt, beklagte General a.D. Klaus Reinhardt. Gerade diese „Post-Intervention“ (Naumann) macht aber einen Erfolg oder Mißerfolg einer Mission aus.

## Wahrnehmung erzeugt politischen Druck

Wo und aus welchen Anlässen werden in Zukunft nun westliche Staaten in Konflikte eingreifen? Nur dort, wo es aufgrund von Medienberichten augenscheinliche humanitäre Katastrophen gibt? Oder dort, wo westliche Interessen (Öl etc.) gefährdet sind? Oder soll in Zukunft nur da eingegriffen werden, wo der Krieg quasi vor der eigenen Haustür stattfindet? Heutzutage gibt es Hunderte von Konfliktherden auf der Welt, aber nur ein Bruchteil davon wird wahrgenommen. Und die Öffentlichkeit nimmt sie nur wahr, weil darüber berichtet wird. Martin Weiss sagte dazu etwas zynisch: „Es gibt heute in der Welt Konflikte, die interessiert hierzulande kein Schwein. Aber nur weil über einen Konflikt nichts berichtet wird, heißt das noch lange nicht, daß es diesen Konflikt nicht gibt!“ Andererseits steht es außer Frage, dass die NATO oder die UN nicht an jedem Unruheherd dieser Welt intervenieren können. Man kann von den Medien auch nicht verlangen, dass sie über jede Krise berichten. Täten sie es, die Zeitungen und Nachrichtensendungen hätten nur noch Platz für solche Themen. Das klingt zuerst einmal sehr hart - es ist aber die bittere Realität. Worüber nicht berichtet wird, findet nicht statt. Ohne öffentliche Wahrnehmung kein öffentlicher Druck. Ohne öffentlichen Druck keine politische Handlungen. Andererseits können die westlichen Staaten nicht überall Feuerwehr spielen und jeden Brandherd weltweit löschen. Die Deutschen konnten lange Zeit mit dieser Philosophie gut leben: Deutschland ist historisch vorbelastet; jeder militärische Auslandseinsatz muß gut durchdacht sein. Daran ist im Prinzip nichts auszusetzen. Es kann aber nicht dazu führen, sich vor der Verantwortung zu drücken. Noch bis zum Golfkrieg konnte sich Deutschland von einer



aktiven militärischen Teilnahme 'freikaufen'. Doch diese „Scheckbuch-Diplomatie reicht heute nicht mehr aus. Heutzutage muß man Flagge zeigen,“ sagte Generalmajor a.D. Manfred Eisele. Gerade in bezug auf die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr im Ausland müssen Zweifel aufkommen.

## Bilder machen Politik

Doch nicht nur militärisch sollte Deutschland nach Ansicht seiner Verbündeten mehr Verantwortung übernehmen. Auch auf dem diplomatischen Feld kann Deutschland als angesehener Partner in Konfliktfall vermitteln. Erste kleinere Schritte in diese Richtung machte Außenminister Fischer im Nahen Osten. Gerade dort ist das Krisenmanagement äußerst schwierig. Täglich kann der Zuschauer verfolgen, wie durch Bilder Politik



*Rainer Büren: „Ohnmächtiges Schulterzucken“*

gemacht wird: Bilder von Sprengstoffanschlägen, von durch Bomben zerstörten Häusern – menschliches Leid auf allen Seiten. Die Gewaltspirale in dieser Region scheint sich unaufhörlich weiterzudrehen. Ein Ende der Gewalt ist nicht abzusehen – so die immer wiederkehrende Floskel in den Medien. Rainer Büren sagte dazu: „Wir müssen uns einfach daran gewöhnen, dass es in manchen Krisenregionen Krieg und Frieden gleichzeitig gibt.“ Das wirft die Frage auf, ob sich die Mehrheit des Publikums nicht längst schon an diese Bilder gewöhnt hat. Nimmt die Öffentlichkeit heute das Geschehen im Nahen Osten nicht mit einem ohnmächtigen Schulterzucken hin?

Die Bilder können jedoch vor Ort sehr wohl noch Emotionen und Stimmungen aufheizen: „Die Intifada war ein Beispiel dafür, dass Bilder Politik machen“, sagte der ehemalige Israel-Korrespondent Friedrich Schreiber.

Ein positives Beispiel für den Einfluß der Medien auf die Politik nannte Helga Baumgarten, die in der Nähe von Jerusalem lebt und arbeitet: Israelische



*Helga Baumgarten: Medien können die Politik auch positiv beeinflussen*

Soldaten sperrten eine Straße nach Ramallah ab und pflügten diese mehrere hundert Meter um; ein Durchkommen war nicht mehr möglich. Baumgarten und viele palästinensische Studenten, die durch diese Straßensperre nicht mehr an ihren Studienort kamen,

demonstrierten friedlich gegen diese Absperrung. Diese Demonstration beobachteten große Teile der dortigen und der ausländischen Presse. Drei Tage später war diese Straße wieder befahrbar – der öffentliche Druck durch die Berichterstattung hatte also anscheinend Früchte getragen. Dies ist zwar nur eine Randepisode; sie zeigt aber, dass Medien sehr wohl die Politik im Nahen Osten beeinflussen können.

Welche Schlussfolgerungen können nun aus dieser Tagung gezogen werden? Die Macht der Bilder ist bis heute ungebrochen. Bilder aus Kriegs- und Krisenregionen können dabei die öffentliche Meinung und Stimmung beeinflussen und somit politisches Handeln erzwingen. Man sollte jedoch die Macht der Medien nicht allzu sehr überschätzen. Allerdings sind die Möglichkeiten der Manipulation – und damit auch die Versuchung – von allen Seiten (Medien, Politik und Militär) heute größer als je zuvor. Der Zuschauer kann am heimischen Bildschirm die Echtheit von Bildern nicht überprüfen. Das ist und bleibt eine Aufgabe der Journalisten. Diese tragen bei solchen Berichterstattungen eine doppelte Verantwortung: sich einerseits nicht manipulieren zu lassen und andererseits nicht selbst zu manipulieren. ■

*Enrico Hoffmann*

## Referenten:

Prof. Dr. Helga **BAUMGARTEN** (Universität Birzeit, Palästina), Prof. Dr. Rainer **BÜREN** (Special Adviser to Secretary General, NATO-Parliamentary Assembly), Manfred **EISELE** (Generalmajor a.D., ehem. Beigeordneter UN-Generalsekretär), Veit **LENNARTZ** (Südwestrundfunk), Klaus **NAUMANN** (General a.D., Ehem. Vorsitzender des NATO-Militärausschusses und Generalinspektor der Bundeswehr), Dr. Klaus **REINHARDT** (General a.D., ehem. Befehlshaber LANDCENT und KFOR), Dr. Friedrich **SCHREIBER** (ehem. ARD-Korrespondent in Tel Aviv), Dr. Franz **STARK** (Bayerischer Rundfunk - Fernsehen), Martin **WEISS** (ZDF heute Journal), Mathias **WERTH** (Redakteur bei Monitor, WDR)

## Tagungsleitung:

Dr. Horst **DENZER** (Akademie für Politische Bildung Tutzing)  
Barbara **KÖNITZ** (Geschäftsführerin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, Bonn)  
**Tagungsassistent:** Nancy **DE GRAAF** (Redakteurin, Tutzing)

## Russland - Weltmacht im Wartestand?

Zehn Jahre nach dem Ende der Sowjetunion und 60 Jahre nach dem Angriff der Wehrmacht versuchte ein Tutzing Internationales Forum eine Bilanz über zehn Jahre des neuen Russland. Wie beabsichtigt, provozierte der Titel „Russland - Weltmacht im Wartestand?“ Widerspruch in viele Richtungen. Bezieht sich das Fragezeichen auf den Wartestand oder auf die Weltmacht? Igor Maximyschew dekretierte: „Russland ist eine Großmacht. Punkt. Kein Fragezeichen.“ Das bestritt keiner. Es war aber auch nicht die Frage. In Umbruchzeiten ist es eben schwierig, eindeutige Prognosen und Beurteilungen abzugeben, geschweige denn unterschiedliche östliche und westliche Wahrnehmungen zur Deckung zu bringen.

Unbestritten blieb: Russland schöpft gegenwärtig seine wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten nicht aus; von seiner Größe, strategischen Lage, dem Wirtschafts-, Menschen- und Rohstoff-Potenzial her ist es eine Weltmacht. Eindrucksvoll die Zahl, die der

muss sein. Bei unterschiedlichen Einschätzungen im einzelnen (z.B. NATO-Osterweiterung, Jugoslawien): Im Dialog miteinander zu sein und zu bleiben ist wichtig für die deutsch-russische Freundschaft. Nur so kann man durch Nachdenken und Umdenken zur Annäherung kommen. Bei allen ver-

schen Gästen Michail Logwinow und Igor Maximyschew, sachkundig moderiert von Hermann Clement, hat das eindrucksvoll bestätigt. Die Terroranschläge auf die USA und der Staatsbesuch des russischen Präsidenten in Deutschland haben dazu neue Impulse gegeben.

Igor Maximyschew verdeutlichte eindrucksvoll, welche Leistung das ist angesichts des Leidens und der Verletzungen des russischen Selbstbewusstseins in der jüngsten Geschichte, vom Zweiten Weltkrieg ganz zu schweigen. Bei der Wende 1989/90 habe Moskau Zugeständnisse zur deutschen Einheit gemacht, ohne dafür eine gleichberechtigte Rolle zum Bau des gesamteuropäischen Hauses und Sicherheitssystems einzuhandeln. Stattdessen musste man den wirtschaftlichen und politischen Niedergang Russlands bis zur Wende unter Putin erdulden.

### Unterschiedliche Einschätzungen

Die westliche und die russische Einschätzung der Entwicklung Russlands differieren, weil der Westen an den eigenen Standards, der Russe an den Fortschritten gegenüber früher misst. Margareta Mommsen resümierte ihre Ausführungen über die Akteure in Russlands Politik: Russland sei nach westlichen Maßstäben der Verfassung nach eine Präsidialdemokratie nach französischem Vorbild, in der Realität ein „autoritäres System mit demokratischen Elementen“.

Lev Klepatsky wie auch die anderen russischen Gäste hoben dagegen unter Putin positiv die „Demokratie der Ordnung“ statt der „Demokratie des Chaos“ hervor.

Ähnlich differiert die Einschätzung über Rechtsstaat und Menschenrechte. Nach Martin Fincke hat Russland traditionell eine strenge Gesetzesstaatlichkeit aus Angst vor der Anarchie. Ermessen und Auslegung werden



*Fortschritte im deutsch-russischen Verhältnis: v.l.: Igor F. Maximyschew, Hermann Clement, Michail Logwinow, Claus R. Krumrei*

*Fotos: Trem!*

russische Generalkonsul Dr. Lev Klepatsky nannte: „Nach seinem Ressourcenpotenzial pro Kopf übertrifft Russland die USA 2-fach, Deutschland 6-fach und Japan 18 bis 22-fach.“ Unbestritten auch bei der von Respekt und Sympathie für Russland getragenen Tagung: Kritik unter Freunden

bliebenen Problemen - darin war man sich einig - hat das deutsch-russische Verhältnis in den letzten zehn Jahren riesige Fortschritte gemacht. Das abschließende Diskussionsforum mit dem Russlandreferenten des Auswärtigen Amtes Claus R. Krumrei, Prof. Margareta Mommsen, mit den russi-



nicht angewandt. Das ist ein anderes Verständnis als das des westlichen Rechtsstaats, der mit Demokratie und Menschenrechten verknüpft ist und sich heute auch in Russland ausbreitet. Positiv sei, dass heute die Verfassung immer mehr auf alle Rechtsverhältnisse durchschlägt. Aber es ist noch ein weiter Weg zurückzulegen.



*Vladimir B. Lomeiko: Langer Prozess bis zur Durchsetzung der Menschenrechte*

Vladimir Lomeiko erklärte plausibel; das Problem der Menschenrechte in Russland ist die Jahrhunderte lange Missachtung der Würde des russischen Menschen mit negativen Folgen für die Selbstachtung der Menschen und die Kujonierungsreflexe der Bürokratie. Für die Russen hat sich zuletzt schon vieles erheblich verbessert; aber es wird noch ein langer Prozess sein, bis sich der internationale Standard der Verfassung auch in der Praxis des Menschenrechtsschutzes durchsetze. Da wird aber nach Rudolf Bernhardt Russland wegen seiner Mitgliedschaft im Europarat Probleme vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bekommen. 1800 Beschwerden sind schon eingelegt. Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs wird es Probleme wegen Tschetschenien und wegen der Interventionspflicht des Staates zur Garantie der Menschenrechte in der Gesellschaft geben. Fazit: Es herrscht Konsens über Rechtsstaat und Menschenrechte in Ost und West, nur die Praxis im Osten hinkt nach. Ähnliches gilt nach Gregor v. Kersell für die freie Presse: Auch da hat sich wegen der Verrechtlichung

## Unsere russischen Gäste:

Igor V. **GORODNICHY**,

Präsident des National Business Partnership „Alliance Media“, Moskau

Dr. Lev N. **KLEPATSKY**,

Generalkonsul der Russischen Föderation, München

Prof. Dr. Igor N. **KRAWTSCHENKO**,

Diplomatische Akademie des Außenministeriums Russlands, Moskau

Dr. Michail **LOGWINOW**, Vertreter des Freistaates Bayern in Moskau

Prof. Dr. Vladimir B. **LOMEIKO**, Botschafter a.D., Sonderbotschafter

UN-Menschenrechtskommission a.D., UNESCO, Paris

Prof. Dr. Igor F. **MAXIMYTSCHEW**,

Akademie der Wissenschaften Russlands, Europa-Institut, Moskau

Dr. Sergej M. **NIKITIN**, Leiter der Industrie- und Handelskammer der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland

der russischen Gesellschaft vieles verbessert. Aber die ungenügende Finanzbasis der Medien behindert die Pluralität und Staatsferne. Die Pluralität der Medien kann auch nicht besser sein als die mangelnde Pluralität der Gesellschaft.



*Igor N. Krawtschenko: Selbstbewusste Außenpolitik*

Russlands Außenpolitik orientiert sich laut Igor Krawtschenko heute selbstbewusster als in der zurückliegenden Schwächephase an den nationalen Interessen Russlands - definiert als Schutz der Individuen, der Gesellschaft und des Staates. Ziele sind die nationale Sicherheit, die Souveränität und territoriale Integrität, die bedeutende und geachtete Rolle in der Welt und der Beitrag zu einer stabileren und krisenfesten friedlichen Weltord-



*Margareta Mommsen: „Autoritäres System mit demokratischen Elementen“*

nung. Soweit können das alle bedeutenden Staaten der Welt unterschreiben. Die Probleme liegen im Detail, wenn die nationalen Interessen Russlands mit denen anderer Staaten kollidieren. Lösungen werden in dem Maße zunehmen, als Russland gleichberechtigt in die entscheidenden Institutionen der Weltpolitik integriert ist. Deutschland kann für diese Integration nach Margareta Mommsen eine wichtige „Anwaltsrolle“ spielen. Klar wurde: Russland gehört kulturell zu Europa; Europa wird deshalb immer bevorzugtes Feld seiner außenpolitischen Orientierung sein, auch wenn es Interessen in aller Welt hat. Russlands Rolle für Frieden und Sicherheit in Europa ist unverzichtbar.

Gestützt wird Russlands außenpolitische Rolle durch die Gesundung seiner Wirtschaft. Einmütig beurteilten Lev Klepatsky, Hermann Clement und Igor Gorodnichiy die wirtschaftliche Entwicklung. Nach schwierigen Jahren ist Russland seit 1999 auf dem Wachstumspfad. 2001 ist ein extrem hoher Außenhandelsüberschuss zu verzeichnen, die Währungsreserven und die Kreditwürdigkeit steigen. Probleme gibt es noch wegen der schlechten Infrastruktur, der Diskrepanz von Ballungszentren und flachem Land und der hemmenden Bürokratie. Auch wird der Aufschwung hauptsächlich von der Energie- und Rohstoffgewinnung und der Großindustrie getragen. Stabiler würde Russlands Wirtschaft, wenn auch die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), solche der Zukunftstechnologien, des Wissens, der Information und der Dienstleistung, erheblich zulegen.

## Fortschritte als Investitionsstandort

Mit Absicht hatten wir in Igor Gorodnichiy (assistent von Sergey Nikitin von Russlands Industrie- und Handelskammer in Deutschland) einen



*Partnerschaft übereinstimmend begrüßt: v.l. Iris Kempe, Sergej M. Nikitin, Igor V. Gorodnichiy, Peter Renner, Michail Logwinow, Bertold Flierl*

Unternehmer der Informations- und Medienbranche eingeladen, der durch sein Informationsnetz erheblich das Entstehen eines Mittelstandes fördert und der die Zukunft und Innovations-

kraft des neuen Russland verkörpert. Neben seinem eigenen Vorbild nannte er ermutigende Zahlen für eine freie und kreative Wirtschaft: Es gibt in Russland 780 000 KMU's, davon 230 000 in Moskau; nur noch 12% der Unternehmer betrachten den Staat als Störfaktor. Kein Wunder, so Gerhard

Wildmann und Ivo Reginka, dass Russland auch als Investitionsstandort riesige Fortschritte gemacht hat. Fast 1800 deutsche Unternehmen arbeiten inzwischen in Russland. Bei Investi-

## Das deutsche Tagungsteam:

Prof. Dr. Rudolf **BERNHARDT**, Ehem. Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Universität Heidelberg  
Dr. Hermann **CLEMENT**, Osteuropa-Institut, München  
Prof. Dr. Martin **FINCKE**, Universität Passau  
MinR. Bertold **FLIERL**, Bayerische Staatskanzlei, München  
Dr. Iris **KEMPE**, Centrum für angew. Politikforschung (CAP), München  
Gregor von **KURSELL**, EADS, Internat. Medienbeziehungen, München  
Claus Robert **KRUMREI**, Stellv. Leiter des Referates für Russland, Ukraine, Belarus und Moldau, Auswärtiges Amt, Berlin  
Prof. Dr. Margareta **MOMMSEN**, Ludwig-Maximilians-Universität, München  
RA Ivo **REGINKA**, Rödl & Partner, Nürnberg  
Peter **RENNER**, Deutsches Ostforum München e.V. (DOM)  
Dr. Lothar **SEMPER**, Stellv. Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für München und Oberbayern, München  
Dipl. Ing. Gerhard **WILDMANN**, Leiter Wirtschaftsregion GUS, Siemens AG, München

### Tagungsleitung:

Dr. Horst **DENZER**, Akademie für Politische Bildung, Tutzing  
Dr. Lev N. **KLEPATSKY**, Generalkonsul der Russ. Föderation, München

tionen muss man sich aber auf die Besonderheiten Russlands einstellen und sich vor dem Investment gründlich beraten lassen.

Bayerns Partnerschaft mit Moskau gilt übereinstimmend als Muster deutsch-russischer Zusammenarbeit und Moskau zugleich als herausragendes Beispiel für die Bedeutung der Regionen und Föderationssubjekte in Russland.

**„Der Markt läuft schon.  
Rußland ist nicht mehr nur  
der schlafende Riese  
und mehr als  
Bürokratie und Mafia“**

*Hermann Clement*

Gegenseitiges Verstehen, Sympathie und Investitionsbereitschaft bayerischer Unternehmen in Russland (ein Drittel der deutschen Unternehmen!) und die Zusammenarbeit in High-Tech- und Zukunftstechnologien (z.B. Technologieatlas) sind das Erfolgsgeheimnis. Deshalb gab es auf der Tagung ein eigenes russisch-bayerisches Forum. Hier spürte man am meisten Harmonie und gegenseitiges lobendes Wohlwollen. Enge Zusammenarbeit, Verständnis und Sympathie sind die tragenden Säulen, auf denen eine gute bayerisch/deutsch-russische Zukunft bauen kann. ■

*Horst Denzer*



#### 4. Passauer Tetralog:

## Den Europäern fehlt eine Vision

Experten fordern Erweiterung im Herzen, nicht nur im Geldbeutel

„Die Öffnung nach dem Osten“ stand heuer auf der Tagesordnung des Tetralogs, der sich unter Heinrich Oberreuters Moderation wie jedes Jahr dem Motto der Europäischen Wochen Passau angenommen hat. Über die Wiedervereinigung Europas und die mangelnde Begeisterung seiner Bürger tauschten sich aus: der österreichische Regierungsbeauftragte für die EU-Erweiterung Erhard Busek, der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser, der Präsident der Prager Christlichen Akademie Tomás Halik und der Direktor des Budapesters Instituts für Weltwirtschaft András Inotai. Dass die EU ihre östlichen Nachbarn in der Zukunft aufnehmen muss, darüber war man sich auf dem Podium der Passauer Universität einig. Gebremste Zwietracht hingegen herrschte über das Wann und Wie.

**W**as ist Europa? Kein rein geographischer Begriff und schon gar nicht nur die Summe jener Länder, die dem Kommunismus entkommen sind. Europa, führte Moderator Oberreuter ein, sei das gemeinsame kulturelle Erbe. Der Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs lasse nun zu, dass West-Europa mit den Nachbarn im Osten wieder zusammenwachse. „Die Chancen Euro-

phen, fragt Oberreuter seine Mitstreiter, um die historische Chance eines neuen ganzen Europa nicht zu verpassen?

### Langfristige Übergangslösungen

Schon trat einer auf die Bremse. Für den bayerischen Finanzminister Kurt Faltlhauser sei die Diskussion um die

östlichen Nachbarn.“ Doch unterhalten müsse man sich über die Art des Beitritts, der nicht in einem Schritt, sondern nur in einem Prozess ablaufen dürfe. Volkswirt Faltlhauser warnte davor, sich gegenseitig zu überfordern. Den Beitrittskandidaten seien beispielsweise die strengen EU-Umweltschutzvorschriften nicht von Anfang an zuzumuten. Gleichzeitig dürften die Nachbarn im Osten nicht sofort auf unbeschränkte Freizügigkeit pochen. Deutschland habe seine Erfahrungen mit der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch einer Volkswirtschaft gemacht, der man den freien Markt „einfach übergestülpt“ habe. Daraus gelte es zu lernen. Zudem sei die Wirtschaftslage der heutigen Kandidaten „dramatisch anders“ als die der Beitrittsländer Portugal und Spanien 1986. Faltlhauser forderte „langfristige Übergangslösungen“.

Dem widersprach vehement András Inotai. Gehe es um Bildung, Werte, Wissensgesellschaft, sei mancher Beitrittskandidat besser auf den Beitritt vorbereitet als das eine oder andere EU-Mitglied, wettete der ungarische Wirtschaftsprofessor. Der Osten habe sich dem Westen weit schneller geöffnet als umgekehrt. Derzeit arbeiteten mehr EU-Bürger in Ungarn als ungarische Staatsbürger in der EU. Tschechien und Ungarn zusammen exportierten mehr nach Deutschland als zum Beispiel die USA. Und dennoch behandle die EU ihre östlichen Nachbarn nicht wie gleichberechtigte Partner. Die erste Beitrittsrunde müsse jetzt sehr schnell und marktwirtschaftlich ohne Übergangsfristen erfolgen. Natürlich dürften nur gut vorbereitete Länder aufgenommen werden, riet der Ungar, der auch Wissenschaftlicher Beirat des Münchner ifo-Instituts ist. Ungarn gehöre allerdings unbedingt in die erste Runde. Es sei übrigens im eigenen Interesse der EU, die Kandidaten auch schon vor dem Beitritt zu unterstützen.



Finanzminister Kurt Faltlhauser (Mitte): „Beitritt nicht in einem Schritt, sondern nur in einem Prozess“. Links András Inotai, rechts Akademiepräsident und Moderator Heinrich Oberreuter

Fotos: jd

pas liegen in den Gemeinsamkeiten seiner Völker“, habe schon der tschechische Präsident Václav Havel gesagt. Aber begreifen diese Völker das? Muss die EU gegenüber den Beitrittskandidaten nicht Kompromisse einge-

europäische Einigung „zwar zu sehr von wirtschaftlichen Fragen geprägt“. Das politische Interesse Deutschlands, des Landes mit den meisten Nachbarn in Europa, sei langhaltiger Frieden und Wohlstand. „Und das geht nur mit den

## „Nicht 15 plus 3, sondern 15 plus 12!“

Inotai, der zwischen 1996 und 1998 in der Strategieguppe für die Vorbereitung seines Landes auf den EU-Beitritt tätig war, warnte davor, den Erweiterungsprozess voreilig abzuschließen. Für die nächsten zehn Jahre müsse man in Brüssel schon heute einen Fahrplan erstellen und sich nicht nur über die erste Erweiterungswelle Gedanken machen, sondern auch über mindestens drei weitere. „Wir reden hier nicht über 15 plus 3, sondern über 15 plus 12. Europa braucht eine Vision“, forderte Inotai unter großem Beifall. Es reiche nicht, dass Wirtschaftsfunktionäre und Diplomaten von der EU-Erweiterung überzeugt seien: Die Völker müssten den Gedanken in sich aufnehmen. In der europäischen Politik fehlten Führungskräfte, die ihre Bürger für Europa und seine Vielfalt begeisterten. Stattdessen regierten in Brüssel und den EU-Hauptstädten „kleinkartierte, machtsüchtige Parteipolitiker“. Der einzige, der sich in den letzten dreißig Jahren davon abgehoben habe, sei Helmut Kohl. Weniger kritisch mit seinen Kollegen ging Faltlhauser um, der auch schon Europa-Beauftragter seiner Staatsregierung war. Jung und dynamisch seien die Eurokraten, aber es mangle ihnen an sozialer Kompetenz: „Wir müssen die Bevölkerung mitkommen lassen nach Europa.“ Die Ängste der Menschen in den Grenzregionen dürfe man nicht einfach niederbürsten.

## „Mundwerksburschen und Zeitgeist'scheite“

Über die europamüden Gemüter der EU-Bürger machte sich Erhard Busek Gedanken.

Der ehemalige österreichische Vizekanzler, ein promovierter Jurist, beklagte die mangelnde Begeisterung nicht

nur seiner Landsleute für Europa. Europarechtler gebe es mittlerweile in Brüssel jede Menge, aber keine Visionäre. 14 neue Staaten hätten sich während der letzten zehn Jahre in Öster-

reichs Nachbarschaft aufgetan, und kaum einer wisse heute die Namen der drei Hauptstädte im Baltikum. Kaum jemand habe begriffen, dass sich Europa seit 1989 zum ersten Mal seit langer Zeit selbst gestalten darf. Hirn und Herz der West-Europäer müssten sich erweitern, nicht nur das Euroland-Hoheitsgebiet, forderte Busek. Und den bar jeder Emotion kühl rechnenden Wirtschaftlern diagnostizierte er: „Die historische Chance der Erweiterung zu verpassen, würde in Wahrheit viel mehr Geld kosten.“ Herzenerweiterung heißt für den Österreicher auch: „Wir müssen weg vom National-Egoismus“. Aber hier versagten nicht nur die Politiker, sondern auch die Intellektuellen. „Wo

kau. „Breschnew hätte den Nobelpreis für Medizin erhalten müssen. Er hat schließlich das Herz Tschechiens, Böhmen, in den Verdauungstrakt der

## „Demokratie braucht eine moralische Biosphäre. Unsere Zukunft liegt im Europa-Patriotismus.“

Tomas Halik

Sowjetunion verpflanzt“, erzähle man sich heute immer noch in Prag. Heute betrachte sich Tschechien als Herz Europas, warb Halik, der schon als Nachfolger Václav Havels gehandelt wird. Auch er forderte mehr „Europa-Patriotismus“. Einen Grundstock dafür gelte es an Schulen und Universitäten zu legen.



Erhard Busek (rechts): „Wir müssen weg vom National-Egoismus“. Links Tomás Halik

sind denn die Mundwerksburschen und Zeitgeist'scheiten?“ Große Beiträge zu Europa böten Literatur und Kunst derzeit nicht.

## „Wir haben den Reichtum Europas noch gar nicht verstanden, geschweige denn honoriert.“

Erhard Busek

Theologe Tomás Halik versicherte, der Beitrittskandidat Tschechien habe rasch seine europäischen Wurzeln wiederentdeckt – nach einer langen Phase der Unterdrückung durch Mos-

„Etwas Neues liegt vor uns“, bilanzierte Heinrich Oberreuter nach zwei Stunden Diskussion, an der sich auch das Publikum beteiligt hatte. Die historische Basis sei mit der Nachkriegszeit 1945 bis 1989 gelegt: „Diese Epoche ist zu Ende.“ Jetzt gelte es, die positiven politisch-kulturellen Erfahrungen Westeuropas für die Zukunft zu nutzen. Der Moderator gab sich allerdings nur gebremst optimistisch in seiner Prognose: „Mental ist die Mehrheit noch längst nicht soweit.“ ■

Jan Dermietzel

(Siehe auch Presseschau S. 37)



## Föderalismus-Modelle sind nicht übertragbar

Wissenschaftler fordern klare Kompetenzen und Verantwortlichkeit auf allen Ebenen - Effizienz und Legitimation im Wettstreit

**Ü**ber die Zukunft Europas und dessen Verfasstheit wurde in letzter Zeit oft gestritten. Wohin steuert die EU? Von einem „Europa der Vaterländer“ bis hin zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ reicht die Palette. Doch was vermag Europa bzw. die EU letzten Endes zu leisten? Ein Europa der Bürger soll es sein; doch Europas Bürger fürchten sich vor zu viel Macht aus dem fernen Brüssel. Wie kann man dem entgegensteuern? Viele sehen in einem föderalistisch strukturierten Europa den einzigen Ausweg. Doch es gibt viele Föderalismus-Modelle. Sind bestehende Formen aus den Ländern auf Europa übertragbar? Viele Fragen - Anlass, mit Experten aus Wissenschaft und Politik bei einer Akademietagung unter Leitung von Michael Piazzolo und Jürgen Weber nach Antworten zu suchen.

Schon beim Begriff Föderalismus und dessen Übersetzung gibt es Schwierigkeiten: „Wenn man mit einem Engländer über ‚federalism‘ redet, meint dieser den Zentralstaat“, so Klaus Gretschnann, Generaldirektor beim Europäischen Rat in Brüssel. Ähnliche Probleme gibt es bei diesem Begriff u.a. auch im Spanischen und im Französischen. Aber es gibt noch andere ungelöste Fragen: Wie viel Einheit kann und muss Europa vertragen? Wie viel Vielfalt ist nötig? Eine gewisse Zentralisierung muss einfach gegeben sein, um Konflikte im Innern lösen und um nach außen hin eine gemeinsame Linie vertreten zu können, meinte Ferdinand Graf Kinsky. Andererseits ist eine Selbstbestimmung auf möglichst unterster Ebene unumgänglich, will man den Begriff vom „Europa der Bürger“ wörtlich nehmen.

### Schröder auch in Zukunft im Fahrersitz

Die EU braucht demnach eine klare und vor allem transparente Verteilung der Kompetenzen, um bei seinen Bürgern Vertrauen zu gewinnen, sagte Rainer Schwarzer aus der Bayerischen Staatskanzlei. Er sprach sich daher für ein „Europa der Regionen“ aus. In jedem Politikbereich und auf jeder Ebene muss deshalb klar ersichtlich sein,

wer wofür Verantwortung trägt. Davon - so sahen es alle Referenten - sei die EU jedoch noch sehr weit entfernt. So wurde der sogenannte „Leitantrag“ des Bundeskanzlers Schröder zur Re-

den EU-Ministerrat in eine Zweite Kammer (also eine Art Bundesrat analog zum deutschen Modell) umzuwandeln als „fake“: „Schröder wird den Teufel tun und den Rat zur Zweiten Kammer abwerten. Er will auch in Zukunft im Fahrersitz sitzen und mit seinen Regierungschefs entscheiden, wo Europa hingeht“, so Gretschnann wörtlich. Ist das „Schröder-Papier“ also in erster Linie nur ein geschickter politischer Schachzug denn eine Vision?

Kazimierz Woycicki konnte über so viel politisches Gefeilsche unter den EU-Mitgliedern nur staunen: „Das EU-System ist kompliziert, es wird komplizierter, der Bürger darf sich aber darin nicht verlieren“, sagte er unter dem Beifall des Publikums.



*Föderalismus-Modelle auf dem Prüfstand: v.l. Rainer Schwarzer, Ferdinand Graf Kinsky, Michael Piazzolo, Klaus Gretschnann, Kazimierz Woycicki*  
Fotos: eh

form der EU zwar als Schritt in die richtige Richtung gelobt; allerdings wurde eingestanden, dass dieser Plan mit anderen EU-Mitgliedsstaaten - allen voran Frankreich - nicht zu machen sei.

Klaus Gretschnann - bis Ende 2000 Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt und enger Vertrauter Schröders - bezeichnete den Vorschlag des Kanzlers,

Durch die EU-Osterweiterung wird dieses System komplizierter werden - deshalb sind grundlegende Strukturformen in der EU unabdingbar. Wenn es heute schon unter den 15 Mitgliedsstaaten auf den Konferenzen zugeht wie auf einem Basar, wie soll das ceteris paribus bei 27 Mitgliedsländern aussehen?

Vor allem bei „sensiblen“ Themen wie Strukturfondsmittel oder Agrarsub-

ventionen gibt es alle Jahre wieder einen erbitterten Streit darüber, wer wie viel wofür bekommt: „Dabei gibt es dafür ganz sinnvolle Lösungsvorschläge; dann aber bei den Gipfeltreffen hauen sie sich die Ideen um die Ohren – auch das ist Europa!“, so Gretschemann, der als ehemaliger „EU-Sherpa“ so manchen Deal eingefädelt hat. Graf Kinsky meinte dazu: „Die Mitgliedsstaaten fragen sich immerzu: Was kostet es uns? Was bringt es uns?“ Viele EU-Bürger – nicht zuletzt die Deutschen – haben das Gefühl, dass die EU nur Geld kostet. Deswegen gibt es bis heute noch in weiten Teilen der Bevölkerung große Vorbehalte gegen eine EU-Osterweiterung. Selbst die Iren – welche als Hauptprofiteure der EU gelten und sicherlich nicht unmittelbar von einer Osterweiterung betroffen sind – sagten Nein zu den Verträgen von Nizza und damit auch Nein zur Erweiterung. Kann man da nicht zum Euroskeptiker werden? Auf den ersten Blick schon – aber Europa besteht aus weit mehr als nur aus Strukturfonds und Agrarbeihilfen. Man muss sich – trotz aller zum Teil berechtigten Skepsis – auch einmal vor Augen halten, dass Europa zur Zeit die längste Friedensphase seit Menschengedenken erlebt, so Graf Kinsky. Das ist nicht zuletzt auch ein Verdienst der Europäischen Union.

## Stein der Weisen?

Doch die Politiker können sich nicht auf dem bisher Erreichten ausruhen. Soll die EU auch in Zukunft handlungsfähig bleiben, dann sind Reformen in allen Bereichen unumgänglich. Doch gibt es nun einen „Stein der Weisen“ für das Zukunftsmodell Europa? Besonders das deutsche Föderalismus-Modell wird von vielen – besonders von den Deutschen – als wegweisendes Modell für die EU gesehen. Und tatsächlich spricht einiges dafür, dieses Modell auf Europa zu übertragen. Kann am deutschen Föderalismus Europa genesen?

Hans-Peter Schneider gab hierzu ein klares Nein. Die Mitgliedsstaaten werden mehrheitlich niemals dazu bereit sein, so viel Macht an eine höhere Instanz abzugeben, dass sie politisch

## Die Referenten:

**Prof. Dr. Frank Delmartino,**  
Katholische Universität Leuven (Belgien)

**Prof. Dr. Dieter Freiburghaus,**  
Universität Lausanne

**Prof. Dr. Klaus Gretschemann,**  
Generaldirektor Wirtschaft beim Europäischen Rat, Brüssel

**Prof. Dr. Rudolf Hrbek,**  
Universität Tübingen

**Prof. Dr. Ferdinand Graf Kinsky,**  
Generaldirektor des Centre International de Formation Européenne, Nizza

**Prof. Dr. Hans-Peter Schneider,**  
Universität Hannover

**Rainer Schwarzer,** Referatsleiter in der  
Europa-Abteilung der Bayerischen Staatskanzlei, München

**Prof. Dr. Kurt Shell,**  
Zentrum für Nordamerikaforschung, Frankfurt/M.

**Dr. Kazimierz Woycicki,** Leiter des Polnischen Kulturinstituts, Leipzig

## Tagungsleitung:

**Dr. Michael Piazolo, Dr. Jürgen Weber**  
Akademie für Politische Bildung, Tutzing

nicht mehr souverän sind. Deutschland dagegen ist im Laufe der Jahre immer mehr unitarisiert worden: der Bundesrat als Länderkammer stimmt heute

Deutschland nur noch teilweise gegeben. Schneider plädiert dafür, eher das amerikanische Modell der strikten Gewaltenteilung zum Vorbild für die EU zu nehmen.



*Kurt Shell: Wenig US-Strukturen sind auf Europa übertragbar*

eher als „verlängerter Arm“ des Bundestages – also aus parteipolitischer Sicht – ab, aber kaum noch aus länderspezifischer Perspektive. Davor haben andere EU-Staaten Angst – Angst vor einem deutsch geprägten Unionssystem. Diese Sorgen sind berechtigt. Die Gewaltenteilung sei in

Dieser Aussage widersprach der Amerikaforscher Kurt Shell. Das amerikanische Föderalismus-System sei keineswegs geeignet, um für Europa Modell zu stehen. Es ist vor allem mit der Geschichte der USA verbunden: Als sich die USA gründeten, gab es schon so etwas wie ein gemeinsames Nationalitätsgefühl – etwas, was es für Europa bis heute nicht gibt und auch in absehbarer Zeit nicht geben wird, sagte Shell. Die vielen Rechte und Freiheiten, welche die einzelnen US-Bundesstaaten bis heute besitzen, sind ebenfalls historisch bedingt: Es waren die Südstaaten, die sich seit jeher für rassistische und soziale Diskriminierungen einsetzten. Hätten die amerikanischen Verfassungsväter diese einzelnen „states rights“ nicht in der Verfassung vorgesehen, dann wären die Südstaaten niemals diesem Staatenbund beigetreten. Außerdem kennt die amerikanische Verfassung kein Prin-



zip der gleichen Lebensbedingungen - im Gegensatz zu Deutschland. Deshalb sieht Shell wenig Strukturen, die von den USA auf die EU übertragen werden könnten.

## Mehr direkte Demokratie

Wenn aber nun sowohl das deutsche wie auch das amerikanische Föderalismus-Modell kaum auf die EU übertragbar sind, welche Modelle kommen dann in Frage? Das schweizerische Modell könnte weiterhelfen: Das Land ist stark regionalisiert; die Kantone genießen sehr viel Eigenständigkeit. In der Schweiz werden vier verschiedene Sprachen gesprochen. Es gibt eine sehr große kulturelle Vielfalt. Könnte also das Schweizer Föderalismus-Modell die Antwort auf die Frage bringen, wie die EU sich zukünftig strukturieren sollte? Trotz aller sprachlicher und kultureller Heterogenität haben die Schweizer der EU eines voraus: Sie haben ein gemeinsames Identitätsbewusstsein.

Dieter Freiburghaus von der Universität Lausanne meinte aber, dass die Europäer - und besonders die Deutschen - sich nicht ständig darüber den

zusammenleben kann. Außerdem warnte Freiburghaus davor, die Schweizer Verhältnisse zu idealisieren. In der Schweiz gebe es sehr wohl



*Dieter Freiburghaus: Schweizer Verhältnisse nicht idealisieren*

Konflikte zwischen den verschiedenen sprachigen Bevölkerungsgruppen.

Trotz dieser gelegentlichen Auseinandersetzungen sind die Schweizer stolz auf ihre Mehrsprachigkeit, obwohl kaum ein Schweizer zwei Amtssprachen beherrscht. „Es ist diese freund-

lung würden auf die EU sehr große Probleme zukommen: Was ist mit der türkischen Minderheit in Zypern und in Bulgarien, was mit der russischen in Estland? Das Sprachenwirrwarr in der EU wird einfach viel zu groß werden, als dass man die Schweiz hierfür zum Vorbild nehmen könnte, so Freiburghaus. Ein allein föderalistisch strukturiertes Europa kann keine Konflikte beilegen. Deshalb plädiert Freiburghaus für mehr direkte Demokratie in Europa - nur so lassen sich schwerwiegende Konflikte innerhalb der EU vermeiden. Dieses Element der demokratischen Mitbestimmung könnte von der Schweiz exportiert werden.

## Deföderalisierung Belgiens

Ein ebenfalls föderalistisches Modell gibt es in Belgien. Dieses Modell sei aber nicht auf Europa übertragbar, so Frank Delmartino von der Universität Leuven. Es gibt heute in Belgien große Spannungen zwischen Wallonen und Flamen, welche auch auf unabsehbare Zeit nicht gelöst werden können. Zwar wurden im Jahr 1980 Regionen geschaffen, die den verschiedenen Gruppen eine gewisse Eigenständigkeit zugestehen. Von einem inneren Frieden - geschweige denn einem gemeinsamen Identitätsbewusstsein - könne in Belgien aber nicht die Rede sein. Es gibt in Belgien eigentlich nur zwei identitätsstiftende Elemente: den König und einige Sportidole, so Delmartino. Reicht dies aber aus, um ein Land dauerhaft zusammenzuhalten? Das Land scheint immer mehr auseinander zu driften; nächstes Jahr wird es einige nationale Minister nicht mehr geben - sie werden auf der jeweiligen regionalen Ebene angesiedelt. Delmartino sprach in diesem Zusammenhang von einer „Deföderalisierung“ Belgiens. Der Kitt, der Belgien zusammenhält, wird immer weniger. Noch gibt es aber in Belgien eine „Vernunft-ehe“ - ob dies auch so bleibt, wird die Zukunft zeigen.

Aber nicht nur in Belgien gibt es solche schwelenden Konfliktherde: das Baskenland, Nordirland und Korsika sind nur einige wenige Beispiele da-



*Ochs' vor'm Berg*

*Zeichnung: Mester*

Kopf zerbrechen sollten, was dieses Europa zusammenhält und wie und wodurch sich eine europäische Identität entwickeln lassen könnte. Europa, so Freiburghaus, sollte einfach nur zeigen, dass es friedlich miteinander

liche Nicht-Zurkenntnisnahme des anderen, die den Frieden in der Schweiz erhält“, so Freiburghaus. Freiburghaus hält es für fraglich, ob das Schweizer Modell auf Europa übertragbar wäre. Mit einer Erweite-

für, dass es innerhalb der EU Tendenzen gibt, die einen neuen Nationalismus erzeugen. Daran erkennt man, wie paradox Europa ist: einerseits redet man von einem zunehmenden Zusammenwachsen Europas, andererseits gibt in vielen Staaten der EU Abspaltungsversuche von regionalen Minderheiten. Deshalb spricht vieles dafür,



*Frank Delmartino: Belgien driftet immer weiter auseinander*

dass das Europa der Zukunft ein „Europa der Regionen“ sein wird, wobei die einzelnen Regionen sehr viel Eigenständigkeit besitzen werden. Die Gefahr von neu entfachtem Nationalismus darf dabei aber nicht unterschätzt werden.

Fazit der Tagung: Die EU kann nicht auf schon bestehende Föderalismus-Modelle anderer Staaten zurückgreifen, Europa muss seinen eigenen Weg gehen. Dabei wird es auch in Zukunft eine „Koexistenz zwischen gewachsenen europäischen Strukturen und noch vorhandenen nationalen Interessen geben“ – so Rudolf Hrbek von der Universität Tübingen. Dass es ein föderalistisch strukturiertes Europa geben wird, ist nach heutigem Stand der Dinge wünschenswert und auch notwendig.

## Evolution statt Revolution

Wichtig sind dabei klare Kompetenzen und Verantwortlichkeit auf allen Ebenen. Das Hauptproblem innerhalb

## Reformen der Parteiendemokratie

Zahlreiche Affären haben der deutschen Parteienlandschaft schwer zugesetzt. „Die Parteien, die Macht und das Geld“ lautete deshalb das Thema einer Tagung unter der Leitung von Jürgen Weber. Welche Reformen sind nötig, um das verlorengegangene Vertrauen der Wähler wieder zurückzugewinnen? Besonders die Parteienfinanzierung stand in letzter Zeit sehr häufig im Mittelpunkt der Kritik.



*Eine Kommunalpolitikerin aus Leidenschaft: Die Fürther Landrätin Dr. Gabriele Pauli berichtete über ihre Erfahrungen als Politikerin. Zwar sei es äußerst schwierig, Karriere und Familie unter einen Hut zu bringen – aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Pauli machte den anwesenden Teilnehmerinnen aus drei bayerischen Frauenverbänden Mut, sich stärker in die Politik einzumischen. Foto: eh*

Zu Recht – wie Prof. Dr. Elmar Wiesendahl von der Universität der Bundeswehr in München feststellte. Bei der Finanzierung (Spenden, Vermögenserträge etc.) sei mehr Transparenz dringend erforderlich.

## Zu viel Macht

Sind die Parteien überhaupt reformierbar? Nach wie vor haben sie sehr große Macht – in den Augen vieler Menschen zu viel Macht. Deshalb wird von Zeit zu Zeit der Ruf nach einer Beschneidung der Macht der Parteien durch direktdemokratische Elemente laut. Dies sei zwar verständlich, aber eine echte Alternative zum jetzigen System – eine durch Parteien geprägte repräsentative Demokratie – stellt das direktdemokratische Modell nicht dar, so jedenfalls Andreas Kießling von der Universität München.

Bleibt noch die Frage nach der Zukunft der Parteien – speziell der zwei großen Volksparteien in Deutschland. Diese werden auch künftig eine wichtige Rolle im politischen System der Bundesrepublik spielen und zu deren Stabilität beitragen, meinte Manfred Schwarzmeier von der Akademie. Fraglich bleibt aber, ob die Parteien aus den Skandalen der Vergangenheit wirklich die richtigen Lehren gezogen haben. ■ eh

der EU besteht vor allem in der Effizienz der Entscheidungen einerseits und der demokratischen Legitimation der Entscheidungsträger andererseits. Beides muss miteinander verknüpft werden. Reformen sind dringend nötig – schon im Hinblick auf die EU-Osterweiterung. Sollten die Entscheidungsfindungen mit der Erweiterung nicht grundlegend reformiert werden, so droht der EU ein politischer Still-

stand. Dieser Stillstand wäre verheerend für das zukünftige Europa. Dennoch dürfe man den Europäisierungsprozess nicht überfordern, meint Hrbek. Er plädierte daher für einen „Prozess der kleinen Schritte“. Evolution statt Revolution – das scheint der optimale Weg zu einer wie auch immer gearteten föderalistischen Europäischen Union zu sein. ■

*Enrico Hoffmann*



## **Berufliche Bildung für Schwellen- und Entwicklungsländer**

### Nationale und internationale Perspektiven

**E**ntwicklungszusammenarbeit (EZ), die an langfristigen Wirkungen interessiert ist, darf um berufliche Bildung in den Partnerländern keinen Bogen machen. Neben internationalen Organisationen wie der International Labour Organisation (ILO) in Genf sind auf deutscher Seite auf diesem Felde viele Akteure tätig: Bund, Länder und die in ihrem Auftrag tätigen Institutionen (u.a. Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, GTZ; Carl-Duisberg-Gesellschaft, CDG; Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, DSE; Deutscher Akademischer Auslandsdienst, DAAD; Bundesinstitut für berufliche Bildung, BIBB), neuerdings auch Kommunen (u.a. über den Verbund Euro-Cities), Hochschulen und Fachhochschulen, Parteistiftungen, die Wirtschaft (durch die international tätigen Unternehmen und über die Auslandshandelskammern des DIHT), Nicht-Regierungsorganisationen (kirchliche und andere). Unsere Tagung, die mit fachlicher Unterstützung von Marlies Ebert, Dr. E. Krüsken (früher DSE) und Dr. D. Stentzel (CDG) vorbereitet wurde, brachte viele dieser Akteure zusammen zu einer Diskussion über die jeweiligen Interessen, Ziele und Methoden, mit denen sie Aus- und Fortbildung für Personen aus Schwellen- und Entwicklungsländern betreiben.

### **Wichtige Fragen**

- Wo soll berufliche Aus- und Fortbildung stattfinden: im Heimatland, in Deutschland, auch in Drittländern?
- In welcher Sprache wird ausgebildet: Deutsch, Landessprache, Englisch?
- Wie lange sollen die Bildungsmaßnahmen aus inhaltlichen Gründen, wie lange können sie aus finanziellen Gründen dauern?
- Sollen Aus- und Fortbildung gleichgewichtig betrieben werden oder soll man sich mehr auf einen Bereich konzentrieren?
- Müssen (bei Maßnahmen in Deutschland) spezielle Studiengänge für ausländische Studierende eingerichtet werden?
- Für welche berufliche Hierarchieebene soll ausgebildet werden?
- Welche Abschlüsse werden gemacht?
- Wie ist ihre internationale Anerkennung und Verwertbarkeit?
- Gibt es Nachkontakte?

Das Problem Ausbildungsort war auf der Vorläufertagung im Oktober 1999 noch ein dominierendes Thema gewesen, nachdem der Eindruck entstanden war, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) wolle hier einen grundsätzlichen Richtungswechsel weg vom Bildungsstandort Deutschland vollziehen.

Entsprechend heftig waren die Reaktionen von DSE/CDG ausgefallen. Inzwischen wird diese Frage pragmatischer gesehen. Die jeweiligen Ziele der EZ, wie sie zwischen den Partnerländern vereinbart wurden, entscheiden über die Bildungsmaßnahmen. Das kann im Einzelfall z.B. für ein Schwellenland, wo moderne Sektoren für mögliche Lernerfahrungen vorhanden sind, durchaus heißen, Bildungsmaßnahmen vor Ort durchzuführen.

Eine Akzentverlagerung bleibt also fest zu stellen, aber das Argument, Deutschland brauche für künftige EZ und wirtschaftlichen Austausch Partner vor Ort, die durch einen Aufenthalt in Deutschland Bindungen entwickelt haben, behält sein Gewicht.

### **Trend weg vom Deutschen**

Bindungen an Deutschland, dazu gehören Kenntnisse in deutscher Sprache und Kultur. Sie zu erwerben braucht viel Zeit. Gerade die Zielgruppe der Frauen, die aus guten Gründen stärker in Aus- und Fortbildung einbezogen werden soll (Anteil bei der CDG derzeit 30 Prozent), ist oft nur mit kürzeren Maßnahmen erreichbar. Also geht, man mag es aus deutscher Sicht bedauern, der Trend in Richtung internationale Verkehrssprachen.

Von Seiten des BIBB wurde darauf hingewiesen, dass die vor sechs Jahren noch belächelte Forderung (u.a. in einem Weißbuch der EU aufgestellt), neben jeder Berufsausbildung mindestens eine Fremdsprache berufssicher zu erwerben, heute nicht mehr bezweifelt wird. Vertreter der Firmen Siemens und Daimler-Chrysler schilderten ihre Bemühungen, Internationalisierung auch schon in der Ausbildung zu betreiben, durch Auslandspraktika während der Lehre und indem für deutsche Lehrlinge Teile der Ausbildung in englischer Sprache gemacht werden. Hier ziehen allerdings die Berufsschulen in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich mit.

Dabei stellte sich schnell heraus, dass die Ebene der Meister in diese Neuorientierung einbezogen werden muss. Kurzum, das gesamte System beginnt sich zu ändern. Nach wie vor gilt allerdings, so die Erkenntnis von BMZ und CDG, dass Personen aus Schwellen- und Entwicklungsländern für Praktika auch in modernen deutschen Industrieunternehmen deutsche Sprachkenntnisse brauchen. Anders ist eine gute Betreuung noch nicht möglich.

Während das BMZ natürlich der entwicklungspolitischen Priorität Armutsbekämpfung verpflichtet bleibt und so außenpolitische und außenwirtschaftliche Ziele im Konfliktfall nach-

ordnen muss, kann das Wirtschaftsministerium eines Bundeslandes die Gewichte anders setzen. So unterstützt das Bundesland Bayern zwei- bis dreiwöchige Seminare für Ingenieure und Führungskräfte z.B. im Umweltbereich und beobachtet eine recht gute Rücklaufquote in Form von Bestellungen für bayerische Umwelttechnik. Sie kommen oft von Firmen, die eigene Umweltprobleme lösen müssen und solche Investitionen auch bezahlen können.

Bei den kurzfristigen Maßnahmen (unter drei Monaten) ist eine besonders große Methodenvielfalt zu beobachten. Manchmal sind ganz kurze Treffen am allerwichtigsten, z.B. als Austausch über praktische Erfahrungen einige Zeit nach einer Bildungsmaßnahme. Diese und andere Formen von Nachkontakten (auch über das Internet etc.) sollen in Zukunft stärker beachtet werden.

In der EZ wirken heute verschiedenste öffentliche, halb-öffentliche und private Träger aus Deutschland und den Partnerländern zusammen. PPP – Public-Private-Partnership – ist auf dem Vormarsch, ohne dass damit schon viel über die wirkliche Aufteilung der Finanzbeiträge und die Durchführungsverantwortung gesagt wäre.

## Duales System beachtet

EZ findet auch in der Form der Systemberatung statt, z.B. durch die GTZ. Bei der beruflichen Bildung wird Deutschland mit seinem dualen System immer noch stark beachtet. Ein Exportschlager war es gleichwohl nicht. Professor Wilson von der Universität Toronto zeigte in seinem Eröffnungsreferat „Innovative International Models in Technical and Vocational Education“, dass der Erfolg des dualen Systems an kulturelle Voraussetzungen und an Traditionen der Arbeitswelt gebunden ist, die eine schlichte Übertragung in andere Weltteile erschweren. Zudem brauche das System selbst eine Modernisierung, die weniger bestimmte Berufsbilder im Blick habe, sondern sich angesichts der Globalisierung am Ziel des „knowledge workers“ orientiere (Problem-

identifikation, Vermittlung zwischen Forschung und angewandtem Wissen, Selbstdefinition in Arbeitsmarkt und Gesellschaft).

Mit dem Prinzip „Schwerpunkt der beruflichen Ausbildung im Betrieb“ hat das duale System aber eine nach wie vor sehr wirksame Methode, Ausbildung für den Markt und damit erfolgreiche Berufseinmündung zu gewährleisten. Auch kirchliche Beratungsfirmen (Beispiel „FAKT“) mus-

nale Geltung zu verschaffen, die den dahinter stehenden Anforderungen entspricht. Für die Verwertbarkeit im Heimatland und das künftige Bezahlungsniveau ziehen die ausländischen Absolventen einen Bachelor oder Magister vor.

Besonders häufig wurde während der Tagung festgestellt, dass die in einem bestimmten Land tätigen Akteure viel zu wenig voneinander wissen, mögli-



Zeichnung: Tomaschoff

sten die Erfahrung machen, dass es keinen Sinn hat, eigene Ausbildungsprojekte als Teil des Erziehungssystems zu sehen nach dem Motto „Das wirkliche Leben kommt hinterher.“ Nur im engen Kontakt zur Wirtschaft, und zwar gerade zum Bereich der wachstumsstarken Klein- und Kleinstbetriebe, gelang die Verbindung von Ausbildung und Produktion. Die Ausbildung in den Zentren für berufliche Bildung war im glücklichen Fall eine Ausbildung für die Industrie. Viel zu oft aber führte sie in die Arbeitslosigkeit, und ein Kompetenzzuwachs für ländliche Räume und kleine Gemeinden wurde verfehlt.

Im Bereich der deutschen Hochschulen und Fachhochschulen kommt eine Veränderung der Studiengänge und Abschlüsse in Gang, die für die künftige Attraktivität des Bildungsstandorts Deutschland bedeutsam ist. Es gelingt offensichtlich nicht, dem deutschen Hochschuldiplom die internatio-

che Synergien deshalb nicht genutzt werden. Industrie und Auslandshandelskammern mit ihrem Arbeitskreis Deutsche Wirtschaft „Kooperative Berufsbildung im Ausland“ wollen für ihren Bereich mit einer eigenen Homepage die Kommunikation verbessern und mehr Kooperation anbahnen ([www.berufsbildungausland.de](http://www.berufsbildungausland.de)). Ein unter Federführung des BMZ erstellter Gesamtüberblick für jedes Land könnte, so die Hoffnung am Schluss der Tagung, die Effektivität aller Bemühungen wesentlich steigern und dazu beitragen, dass sich Deutschland mit seinen sehr vorzeigbaren Leistungen auf dem Felde der beruflichen Aus- und Fortbildung nicht länger so unter Wert verkauft. In diesem Sinne wurde die Initiative der Akademie zu dieser Tagung dankbar begrüßt. ■

K. Grosch / K.-H. Willenborg



## Eine Moschee für Lauingen

Bürgermeister berichtet über praktische Integration in einer schwäbischen Gemeinde – Nachdenkliches zum Begriff Leitkultur

**D**as Thema Migration mit seinen zahlreichen Facetten ist schon seit vielen Jahren fester Bestandteil des Akademieprogramms, unabhängig von der Aufmerksamkeit, die ihm im Auf und Ab der politischen Aktualitäten gerade zu Teil wird. Vor fast einem halben Jahrhundert hat die Bundesrepublik damit begonnen, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben. Seit Jahrzehnten wissen wir, dass viele mit ihren inzwischen nachgezogenen Familien und hier geborenen Kindern und Kindeskindern in Deutschland bleiben werden. Die Frage ihrer langfristigen Integration war damit gestellt. Ob Gesellschaft und Politik in Deutschland auf diese Herausforderung bisher angemessen reagiert haben, darf bezweifelt werden. Allzu lange haben Pseudodiskussionen von der ernsthaften Suche nach praktischen Lösungen abgehalten.

### Kommunalpolitische Dimension von Integration

Die demografische Entwicklung, die aufscheinenden Probleme unseres Sozialversicherungssystems und die dadurch angestoßene Green-Card-Debatte haben allen politischen Parteien einen neuen, von Scheuklappen freieren Blick auf das Themenfeld zugleich aufgezwungen und ermöglicht. Bei einer Fachkonferenz standen vor dem Hintergrund internationaler Vergleiche die künftige Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik und die dazu vorgelegten bzw. bereits bekannt gewordenen Konzepte von Partei- und Regierungskommissionen im Mittelpunkt.

Wir gehen hier auf einen Aspekt ein, der in der Öffentlichkeit oft weniger beachtet wird: die kommunalpolitische Dimension von Integration. Darüber berichtete Georg Barfuß, CSU-Bürgermeister von Lauingen, einer Gemeinde im bayerischen Schwaben mit 11 000 Einwohnern.

Georg Barfuß wurde 1995 mit dem Wunsch seiner muslimischen Mitbürger konfrontiert, in Lauingen eine Moschee zu errichten. Die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Religionsausübung und das christliche Toleranzgebot legten es für ihn von



*Bürgermeister Georg Barfuß hat einen breiten und offenen Dialog in Gang gesetzt*

vornherein nahe, dass diesem Wunsch in irgendeiner Form entsprochen werden müsse. Als erfahrener Kommunalpolitiker war ihm aber zugleich bewusst, dass es bei diesem Vorhaben nicht genügend würde, im Stadtrat eine Mehrheit zu erreichen und damit das Projekt durchzupauken. Wenn der Friede in der Gemeinde erhalten bleiben sollte, musste zunächst das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden. Sie mussten diesen Weg mitgehen.

### Offener Dialog

Barfuß begann, sich intensiv mit dem Islam zu beschäftigen (so intensiv, dass er heute Vorträge darüber hält), und er organisierte eine Reihe von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, um einen breiten und offenen Dialog in der Gemeinde in Gang zu setzen. Eine wichtige Rolle kam dabei den beiden christlichen Kirchen zu. Die erste Veranstaltung bestritt ein Pater vom Orden der Weißen Väter, der als Islamwissenschaftler über 10 Jahre in arabischen Ländern gelebt hatte. Er berichtete über seine Erfahrungen mit dem Islam, klärte auf über die Unterschiede zwischen der islamischen Religion und fundamentalistischen Bewegungen, warb um Verständnis für die Situation der zugewanderten Muslime in Lauingen.

Von der evangelischen Seite übernahm den zweiten Abend der bei der EKD für den interreligiösen Dialog zuständige Oberkirchenrat, der 12 Jahre in Istanbul gearbeitet hatte. Er sprach die Unterschiede zwischen Christentum und Islam deutlich an, arbeitete aber auch Parallelen und innere Verwandtschaften heraus, verwies auf gemeinsame Quellen der Überlieferung und auf gemeinsame Ziele.

### Migranten nicht nur aufnehmen, sondern annehmen

Mehr auf die politische Gemeinde zielte ein weiterer Vortragsabend mit dem Bürgermeister der größeren Nachbarstadt Günzburg. Barfuß bat seinen Amtskollegen um diesen Freundschaftsdienst, weil Günzburg ebenfalls eine große muslimische Gemeinde hat (allerdings nicht so homogen wie in Lauingen, deshalb kam es dort bisher nicht zum Bau einer Moschee). Zum anderen war der Günzburger Bürger-

meister ein SPD-Mann, so dass neben der von Barfuß vertretenen CSU ein zweiter Blick auf das Thema „Moschee in einer kleinen Stadt“ für die Lauinger Bürger möglich wurde. Auch diesmal wurden die praktischen Schwierigkeiten im Zusammenleben der Religionen und Nationalitäten nicht unter den Teppich gekehrt, aber Quintessenz des Abends war die Aufforderung, die Migranten, die man aufgenommen habe, nun auch anzunehmen.

Diese von insgesamt etwa 260 Personen besuchten Veranstaltungen, über die jeweils in der Presse ausführlich berichtet wurde, gefolgt von weiteren Gesprächen im gesellschaftlichen Umfeld, u.a. mit dem Katholischen Frauenbund und dem Mütterkreis, bildeten die Basis für eine differenzierte Diskussion in der Gemeinde Lauingen. Barfuß sieht in ihnen die entscheidende Aufklärungsaktion im Vorfeld des Baus „unserer Moschee“.

der diesen Anforderungen genügte, ließ nicht lange auf sich warten.

## Höchster Respekt

Ein geeignetes Baugelände wurde schließlich in einer städtischen Kleingartenanlage gefunden. Mit einem Grundstückstausch im Verhältnis eins zu zwei konnte Barfuß die Pächter für den Umzug in ein weiter außerhalb gelegenes städtisches Gelände gewinnen.

**„Wir in Lauingen haben das befriedigende Gefühl, Gläubigen, die einer anderen Religion angehören, etwas genehmigt zu haben, was wir aus Angst hätten vorenthalten können. Dies gehört unseres Erachtens auch zur Freiheit eines Christenmenschen!“**

*Georg Barfuß*

Tür immer wieder Kontakte und Treffen zwischen Zuwanderern und Einheimischen. Die Moschee wurde zu einem integralen Bestandteil Lauingens.

Barfuß berichtete nicht von einer bayrischen Idylle. Er zeigte Drohbriefe und Beschimpfungen, er verschwieg nicht die Probleme, die er zeitweise mit seiner eigenen Partei hatte. Er sprach von der verbreiteten und verständlichen Angst vor einem Fundamentalismus, der die Lehren des Pro-

pheten, auf den er sich beruft, desavouiert, und unter dem die Türken in Deutschland am meisten leiden. Die Arbeit an der Integration ist noch nicht abgeschlossen.

Aber am Schluss stand doch ein selbstbewusstes Fazit: „Wir in Lauingen haben das befriedigende Gefühl, Gläubigen, die einer anderen Religion angehören, etwas genehmigt zu haben, was wir aus Angst hätten vorenthalten können. Dies gehört unseres Erachtens auch zur Freiheit eines Christenmenschen!“ ■

*Klaus Grosch/Karl-Heinz Willenborg*



*Die Moschee von Lauingen*

*Fotos: Stadt Lauingen*

Der Bürgermeister machte sich das Anliegen einer Minderheit seiner Gemeinde zu eigen, gerade deshalb konnte er die muslimischen Gemeindevertreter auch davon überzeugen, dass man ein enges, spitzgiebliges Wohnhaus im schwäbischen Stil nicht zu einer Moschee umbauen könne. Das müsse ein repräsentatives, eigenständiges Gebäude werden, auf das man stolz sein könne. Ein neuer Entwurf,

Der Bau, der nun von den Muslimen mit enormer Eigenleistung errichtet wurde, nötigte den kritischen Häuslebauern höchsten Respekt ab. Baubeginn und die feierliche Einweihung (auch in Gegenwart von Vertretern der christlichen Kirchen) wurden bewusst als große Ereignisse für die ganze Gemeinde begriffen und entsprechend begangen. In der Folge gab es durch einen regelmäßigen Tag der offenen



# Bürgerschaftliches Engagement: Kenntnisse und Fähigkeiten aktivieren

**„Interessenvertretung für Senioren“ - eine Tagung für Seniorenbeiräte und -beauftragte in Bayern. Wir dokumentieren in Auszügen zwei Vorträge, die einen sehr interessanten Blick auf Entwicklungen in Baden-Württemberg und NRW erlauben. Tagungsleitung hatte Karl-Heinz Willenborg.**

**B**aden-Württemberg hat jetzt etwa zehn Jahre Erfahrungen mit dem bürgerschaftlichen Engagement. Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass der soziale Lebensstandard nur auf hohem Niveau gehalten werden kann, wenn die Menschen sich vermehrt einbringen und ihre persönliche Verantwortung sehen. In den letzten Jahrzehnten ist uns davon einiges abhanden gekommen, weil nur noch nach Professionalität gefragt wurde.

## Vier Lebensphasen

Erkennbar war, dass die Menschen immer älter werden, zugleich aber immer früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden. In einem neuen Modell mit vier Lebensphasen kann man von einer dritten Generation der nicht mehr Berufstätigen, aber auch noch nicht Alten sprechen. Diese Personen haben Zeit und Ressourcen. In Baden-Württemberg ist sehr intensiv darüber nachgedacht worden, welche Prozesse man anstoßen muss, um ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu akti-

vieren, u.a. zum Wohle der wirklich Alten.

Ein wichtiger Impuls ging von Ministerpräsident Lothar Späth aus. Er hatte auf einer Amerika-Reise das dortige Volunteering erlebt, und er war besonders beeindruckt davon, wie völ-



*Eleonore Meyer, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement, Baden-Württemberg*

lig selbstverständlich Volunteering war und welches hohe Ansehen die Volunteers in der Bevölkerung wie in der Politik genossen. Er hat sofort eine Geschäftsstelle für bürgerschaftliches Engagement und Seniorengenossenschaften eingerichtet. Die gibt es heute noch im Sozialministerium, geleitet von Dr. Konrad Hummel. Sie hat viele Projekte als Modell gefördert und so positive Entwicklungen wesentlich beschleunigt.

Die Seniorengenossenschaften, wie am Beispiel Riedlingen noch ausgeführt werden wird, haben wirklich großartige Arbeit geleistet. Trotzdem blieb man nicht bei diesen Erfolgen stehen, sondern dachte sehr früh auch Generationen übergreifend. Es entstanden in vielen Städten und Gemeinden Bürgerbüros, nicht von der Verwaltung, sondern von Bürgern betrieben. Das war und ist immer noch so eine Art Anlaufstelle für alles, was in einer Stadt an Engagement vorhanden ist. Es entstanden Bürgertreffs, Orte für Familien, Freiwilligenagenturen, Kontakt- und Wissensbörsen, Tauschringe, Bürgergemeinschaften u.s.w.

Ein Netzwerk auf Landesebene versucht, diese verschiedenen Ansätze zu verbinden. Es umfasst auch die zahlreichen Selbsthilfegruppen. Sie sind in diesem Prozess ein sehr wichtiger Faktor, weil viele Menschen über die eigene Betroffenheit zum Engagement kommen und das dann für andere fortführen.

## Seniorengenossenschaft Riedlingen: Neue Angebote für das Leben im Alter

**R**iedlingen liegt im ländlichen Raum Oberschwabens, einem Gebiet mit wenig Industrie und nicht so dichter Besiedelung. Es hat in der Kernstadt 6000 Einwohner, 4000 weitere leben in drei umliegenden Gemeinden.

Einem Riedlinger Bürger, seit langem Mitglied in Gemeinderat und Kreistag, fiel auf, dass es außer einem Pflegeheim in Riedlingen für das Leben im Alter praktisch keine Infrastruktur gab. Alte Menschen mussten in 30 bis 40 Kilometer entfernte Heime gebracht werden, was für die Betroffenen und ihre Angehörigen fürchterlich war. Er hat die demografische Ent-

wicklung analysiert und konnte aufzeigen, dass 2020 in Riedlingen ein Kind und ein Rentner auf einen Verdiener kommen würden, während es 1990 noch zwei Verdiener waren.

### 300 Mitglieder

Dieser Herr Martin ist mit seinen Überlegungen an die Öffentlichkeit gegangen und hat im Gemeinderat und im Kreistag die Idee einer Seniorengenossenschaft vorgestellt: Ältere Menschen im beginnenden Ruhestand leisten Arbeit für die Alten, selbstbestimmt und selbstverantwortlich, in einer Art Vorsorge für das eigene Al-

ter, durchaus gemäß dem Genossenschaftsmotto „Einer für alle, alle für einen“. Er hatte eine riesige Resonanz. Am Tag ihrer Gründung, die in der Rechtsform des eingetragenen Vereins erfolgte, sind 300 Menschen Mitglied der Seniorengenossenschaft geworden.

Nun galt es, für das „Leben im Alter“ Angebote zu entwickeln. Es entstanden Projekte wie Essensdienste, handwerkliche Hilfsdienste, Fahrdienste. Eine Beratung, was am Ort im Alter alles möglich war, wurde aufgebaut. Vorher mussten mögliche Konflikte mit der Industrie- und Handelskammer (Konkurrenzproblem), Versicherungs-

und viele andere Fragen geklärt werden. Ferner wurde ein Besuchsdienst organisiert. Dafür bestand ein dringender Bedarf. In einem ländlichen Raum wie Riedlingen würde man das vielleicht nicht vermuten, aber auch hier leben Kinder oft weit weg von den Eltern, die Nachbarschaft funktioniert nicht mehr wie früher. Selbst in kleinen Dörfern können Menschen heute sehr einsam sein.

Mit Unterstützung der Stadt konnte in zentraler Lage ein Grundstück erworben werden. Damit wurde es möglich, große Fragen wie betreutes Wohnen und Tagespflege anzugehen. Sieben Einheiten für betreutes Wohnen wurden errichtet (teils vermietet, teils verkauft), dazu Aufenthaltsraum, Ruheräume und Küche für eine Tagespflege. Die kostet heute 95 Mark pro Tag, für Mitglieder der Seniorengenossen-

schaft etwas weniger. Dafür musste die Seniorengenossenschaft eine professionelle Kraft einstellen. Aber auch hier waren immer bürgerschaftlich Engagierte einbezogen.

Eine Anlaufzeit war zu überstehen, bis diese neuen Einrichtungen akzeptiert waren. In solchen schwierigen Phasen war die inhaltliche Unterstützung durch die erwähnte Geschäftsstelle im Sozialministerium natürlich von besonderer Bedeutung. Dies um so mehr, als sie sich auch auf den zeitraubenden Kampf um Zuschüsse von Bund und Land erstreckte.

## Öffentliche Aufmerksamkeit

Mit der Zeit kamen weitere Angebote hinzu, immer unter dem Oberthema Kommunikation: Gedächtnistraining, Spielenachmittage etc. Hervor zu heben ist noch das besondere Augenmerk, das in Riedlingen auf die Pflegenden gerichtet wird. Mit Erfolg hat man sich bemüht, der Leistung dieser Menschen öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung zu verschaffen und, ebenso wichtig, für sie Entlastung zu organisieren.

Fazit: Menschen bringen in Riedlingen ihre Fähigkeiten ein für einen Dienst an den Alten, Pflegebedürftigen, oft auch Demenzerkrankten. Diese Sozialzeit, das ist der Riedlinger Genossenschaftsgedanke, wird Ihnen gutgeschrieben. Im Bedarfsfall können sie auf diese Zeit zurückgreifen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, die eingebrachte Zeit in Geldwert zu entnehmen, z.B. wenn jemand wegzieht. Die meisten spenden diese Zeit. Die Genossenschaft kann sie dann als Einnahme verbuchen.

Derzeit bemüht man sich um Fort- und Weiterbildung für bürgerschaftlich Engagierte. Sie sollen sich kundig machen können über neue Methoden wie z.B. Erinnerungsarbeit, Krafttraining zur Prophylaxe von Knochenbrüchen, mit denen ganz erstaunliche Erfolge zu erzielen sind. Immer ist das Ziel bessere Qualität des Lebens und Vermeidung von Leid durch Aktivierung. Hier helfen viele Bürger gerne mit, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind.

Eleonore Meyer



Zeichnung: Tomaschoff

## Bedingungen für den Erfolg

In Riedlingen wie bei den Volunteers im Landkreis Esslingen lässt sich bestätigen, was neuere Untersuchungen über das Ehrenamt sagen. Die Menschen wollen heute lieber in Projekten als im Vereinsleben aktiv werden. Wichtig ist eine genaue Absprache über die Fähigkeiten und Interessen, über die Zeit, die eingesetzt werden kann, und über den Auslagenersatz. Man arbeitet lieber für eine begrenzte Zeit, z.B. ein Jahr. Dann kann man weiter machen, etwas anderes aussuchen oder (erst einmal) aufhören mit dem freiwilligen Engagement. Was die Shell-Studie für die Jugend aufweist, gilt für die Erwachsenen genau so. Sie wollen *Spaß* haben, oder etwas allgemeiner formuliert, *Befriedigung* aus sinnvoller Betätigung gewinnen. Damit jeder das für ihn Richtige findet, sollte eine möglichst große Anzahl verschiedenartiger Projekte zur Auswahl stehen. Die Engagierten müssen das Gefühl haben, dass sie mit ihren Interessen und Bedürfnissen ernst genommen werden und ihre

Tätigkeit die verdiente Anerkennung findet. Man darf ihnen keine Lückenbüsser-Rolle zumuten und sie dort einsetzen, wo die Kommunen gerne Geld einsparen. Dann kommt das Thema Konkurrenz um Arbeitsplätze gar nicht erst auf. Kontinuität in Projekten lässt sich oft nur mit Hauptamtlichen garantieren. Das müssen aber nicht immer ganze Planstellen sein. Oft können engagierte Mitarbeiter in der Kommunalverwaltung (Landkreis, Stadt) mit einem kleinen Teil ihrer Arbeitszeit die Freiwilligen bei der Umsetzung von Projekten begleiten. Dafür brauchen sie aber die Rückendeckung von Landrat bzw. Bürgermeister. Die müssen also als erste vom Nutzen solcher Aktivitäten überzeugt werden. Das bürgerschaftliche Engagement, wenn es erfolgreich sein soll, setzt ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Politik/Verwaltung, den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, Fachkräften und Ehrenamtlichen voraus.

em



## Seniorenpolitik in NRW: Staat stellt Rahmen für Bürgergesellschaft

**S**eniorenpolitisches Engagement hat im Land Nordrhein-Westfalen eine lange Tradition. Mit dem 2. Landesaltenplan von 1991 wurde die Zielsetzung formuliert, die politische Partizipation von Senioren zu verbessern. Die Förderung der Selbstständigkeit alter Menschen statt fürsorgerisch, anwaltlich für sie zu wirken, wurde damit zur Orientierung der Seniorenpolitik des Landes NRW. Damit wurde keine völlig neue Richtung in der Politik vorgegeben, sondern es wurde auch auf gesellschaftliche Entwicklungen reagiert.

So spiegelten sich im Anwachsen kommunaler Seniorenvertretungen (SV) beispielsweise Veränderungen in der Gruppe der alten Menschen im Hinblick eine stärkere politische Partizipation. Zugleich war erkennbar, dass seniorenpolitische Aufgaben in Zukunft wesentlich umfangreicher und zugleich komplexer werden würden (demografische Entwicklung in Verbindung mit dem Wandel der Altersstruktur). Damit zeichneten sich auch höhere Anforderungen für ehrenamtliche Tätigkeiten auf diesem Feld ab.

### Professionelle Arbeit stärkt Ehrenamt

Vor diesem skizzierten Hintergrund entstand die Idee einer wissenschaftlichen Beratung für die Landesseniorenvertretung (LSV). Professionelle Arbeit im Hintergrund soll die ehrenamtliche politische Tätigkeit von Senioren auf Landes- und kommunaler Ebene stärken. Dem verstärkten Wunsch und Willen nach Partizipation alter Menschen kann durch unabhängige Informationsbereitstellung, emanzipatorische Beratung und durch die Unterstützung in inhaltlichen und organisatorischen Fragen Rechnung getragen werden.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die viel beschworene Bürgergesellschaft hat ein solcher Politikan-satz durchaus allgemeinere Bedeutung: als ein *Modell fachlicher Unterstützung und Beratung ehrenamtlicher Tätigkeit*. Die zugrunde liegende These dabei lautet: *Ehrenamtliche Tätigkeit findet dann statt, wenn sie in einem funktionierenden Rahmen geleistet werden kann. Diesen Rahmen muss der Staat stellen. Innerhalb der Bürgergesellschaft tritt der Staat in aktivierender und ermöglichender Funktion auf.*

Im konkreten Fall der LSV NRW verdient auch die organisatorische Umsetzung dieser Idee einer vom Land finanzierten wissenschaftlichen Beratung Interesse: Die Stelle ist nämlich nicht bei der LSV NRW in Münster angesiedelt, sondern beim Institut für Gerontologie der Universität Dort-



*Barbara Eifert ist wissenschaftliche Beraterin der LSV NRW*

mund. Diese räumliche Distanz zwischen Beratung und den zu Beratern drückt eine Unabhängigkeit aus. Die Einbindung in den fachlichen Austausch an einem wissenschaftlichen Institut ist ebenso von Vorteil.

### Drei Aufgaben

Die Beratungstätigkeit erfolgt für den Vorstand der LSV NRW, und sie beinhaltet im wesentlichen drei Aufgaben:

#### 1. Inhaltliche Arbeit:

- a) Erarbeitung von Stellungnahmen, Vorbereitung der Gremienarbeit,
- b) Erarbeitung von Bildungskonzepten, darunter Bildungsangebote für die kommunalen Seniorenvertretungen,
- c) Umsetzung von Forschungsergebnissen für die Praxis (auch das macht die Ansiedlung der Stelle bei einem wissenschaftliche Institut sinnvoll).

#### 2. Öffentlichkeitsarbeit:

- a) Intern: Es geht um Kontakte und Kooperation zwischen den kommunalen Seniorenvertretungen (SV) und der Landesebene, durch Bildungsangebote und durch Veranstaltungen.

- b) Extern: Unterstützung der LSV NRW bei der Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades und bei der weiteren Etablierung in der politischen Landschaft. Dazu dienen Gespräche, u.a. Großveranstaltungen, mit denen ganz gezielt Themen und Begriffe heraus gestellt werden sollen. Senioren dürfen nicht immer nur in Verbindung mit dem Begriffsfeld Pflege in der Öffentlichkeit erscheinen, sondern mehr mit motivierenden Themen, die Aktivität, Zukunft und auch Freude signalisieren: Zukunftsplanung im Alter, neue Ideen für die Lebensphase nach der Erwerbsarbeit; Wohnen im Alter; Senioren am PC; ältere Migranten und ihre Einbeziehung in die Seniorenarbeit etc.

Intern wie extern in gleicher Weise wichtig ist die viermal jährlich erscheinende neu konzeptionierte Zeitung „Nun Reden Wir“.

#### 3. Pflege und Ausbau von Kooperationen:

- a) Intern: Vernetzung der kommunalen Seniorenvertretungen
- b) Extern: Mit allen relevanten Akteuren der Seniorenpolitik

Über die wissenschaftliche Beratung hinaus fördert das Land NRW außer den Geschäftskosten der LSV NRW eine volle Sekretärinnenstelle.

Mit diesem durchaus bescheidenen Mitteleinsatz ist es gelungen, die LSV wesentlich schlagkräftiger zu machen. Sie hat inzwischen ein landespolitisches Profil gewonnen, ihre Stimme wird gehört, ihr Rat wird gesucht, wie unter anderem die zahlreichen Mitgliedschaften in Beiräten und anderen Gremien zeigen, die der LSV angetragen wurden. ■ *Barbara Eifert*

## Neue Assistentin

Miriam Wolf folgt Gebhard Diemer nach

Nach fast einem Jahr ist endlich die Stelle unseres langjährigen Kollegen Gebhard Diemer wieder besetzt worden. Er schied Ende 2000 aus Altersgründen aus dem Dienst der Akademie (siehe Report 1-01). Seine Nachfolgerin heißt Miriam Wolf, ist 26 Jahre alt und kommt von der Universität Regensburg zu uns, wo sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Philosophie, Theorie und Ideengeschichte (PD Dr. Clemens Kauffmann) war. Sie hat dort Politikwissenschaft, Anglistik/Amerikanistik und Soziologie studiert und arbeitet an einem Promotionsprojekt im Bereich der politischen Philosophie der Internationalen Beziehungen. Sie wird Diemers Arbeitsfeld Ethik und Politik fortführen, weil wir der Meinung sind, dass die Frage nach der Wertbindung der Politik gerade in diesen Zeiten von noch größerer Bedeutung werden wird.

ms



Miriam Wolf Foto: Marquart

## Politisch kommentieren mit Heribert Prantl



Bekannt spitze Feder: Heribert Prantl

Foto: ms

An aktuellen Themen herrschte kein Mangel: Der Bombenkrieg über Afghanistan, die Auseinandersetzungen um den Kanzlerkandidaten der Union, Bahn-Chef Mehdorns Initiativen gegen Obdachlose auf Bahnhöfen. 20 junge Journalisten trainierten mit Heribert Prantl, dem Ressortleiter Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung und Theodor-Wolff-Preisträger 2001, die Hohe Schule des Kommentierens.

ms

### Kein Quäntchen Übertreibung

Drei Tage nach dem verheerenden Terrorangriff auf das World Trade Center in New York und das Pentagon meldete sich Rolf Joachim Siegen aus San Diego, der an der Tutzingener Tagung „Krisen von heute – Konflikte von morgen“ vom 27.11. bis 1.12. 2000 teilnahm:

„In diesen Tagen der (erneuten) öffentlichen Reflexion über den weltweiten Terrorismus muss ich mich – mit gewissem Schaudern – immer wieder an die klugen Ausführungen Ihres Referenten Günther Schmid (München) erinnern. Auch die Darlegungen Frank Umbachs (im Tenor ähnlich) sind mir noch gut präsent. Sachlich und präzise hatten beide Referenten die anstehenden gesellschaftlichen Bedrohungen beschrieben.

Die bedrückenden Ereignisse dieser Tage erhellten - buchstäblich schlagartig -, wie treffend formuliert worden war. Kein Quäntchen an Übertreibung.

Aber was tun, damit nicht alles noch schlimmer kommt? Momente, sich wieder an den Schöpfer zu wenden...“

Rolf Joachim Siegen, San Diego

## Gedankenaustausch mit Offizieren

Im Sommer 2000 waren die Dozenten Gäste in der Kaserne. Jetzt kamen die Offiziere der Fernmeldeschule Feldafing in die Akademie. Nach der Vorstellung der Akademiarbeit durch Direktor Heinrich Oberreuter und der Präsentation der unterschiedlichen Arbeitsfelder durch die Dozenten entwickelte sich sehr schnell ein reger Gedankenaustausch über die vielfältigen, gemeinsam interessierenden Probleme: Sicherheits- und Außenpolitik in einer sich radikal ändernden Welt und die besondere Rolle der Bundeswehr im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus. Über das Elend der politischen Bildung in den Schulen führten die Offiziere und General Hoffmann beredte Klage: sie haben mit Wehrpflichtigen aus allen Bevölkerungsschichten zu tun und sind erschrocken über mangelnde Kenntnisse des politischen Prozesses. Insbesondere das Anwachsen rechtsextremistischer Einstellungen in der Armee bereitet den Soldaten Sorge. Dozenten und Offiziere vereinbarten häufigere Kontakte und gegenseitige Unterstützung bei Veranstaltungen, um die vorhandenen Erfahrungen und Ressourcen besser zu nutzen.

ms



## Weltweites Netz gegen Fremdenfeindlichkeit

**D**as Internet wird immer mehr zum Massenmedium. In Deutschland nähert sich im Herbst 2001 die Nutzerzahl der 30-Millionengrenze. Die Tutzingener Akademie trägt mit vielfältigen Fortbildungsangeboten dieser Entwicklung Rechnung. Journalisten, Lehrer, Medienpädagogen und andere Multiplikatoren der politischen Bildung lernen in Seminaren das world wide web als Recherche- und Informationsmedium kennen und sinnvoll nutzen.

Zusammen mit dem JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis – und finanziell gefördert vom Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend veranstaltete die Akademie ein Werkstattseminar, das zeigte, dass das Internet noch viel mehr kann als nur schnell und günstig zu informieren. Das D-A-S-H-Projekt vereint Aktivisten, die selbst zum Sen-

der werden wollen – ganz im Sinne der Brecht'schen Radiotheorie. Es trafen sich Menschen aus Vereinen, Initiativen und Organisationen, die gegen Ausgrenzung, Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit auftreten: aus der Integrationsarbeit mit Flüchtlingen und Migranten, aus der Sozialarbeit mit Alten, Behinderten und Jugendlichen.

Den Seminarleitern ging es darum, praktische Kenntnisse und Fertigkeiten von vernetzter Kommunikation, Gestaltungsmöglichkeiten und Veröffentlichungsstrategien zu vermitteln sowie Chancen und Perspektiven von Vernetzung und virtueller Zusammenarbeit zu erörtern. Im Rahmen des Workshops wurden konkrete Fragestellungen und Bedürfnisse aus der praktischen Arbeit vor Ort in drei Themenblöcken behandelt:

### ☐ Informationsmanagement

Was kommt auf mich zu, wenn ich online gehe? Wie finde ich, was ich suche? Wie komme ich in Kontakt mit Menschen, die mich interessieren? Wie organisiere ich Gruppenarbeit im Netz?

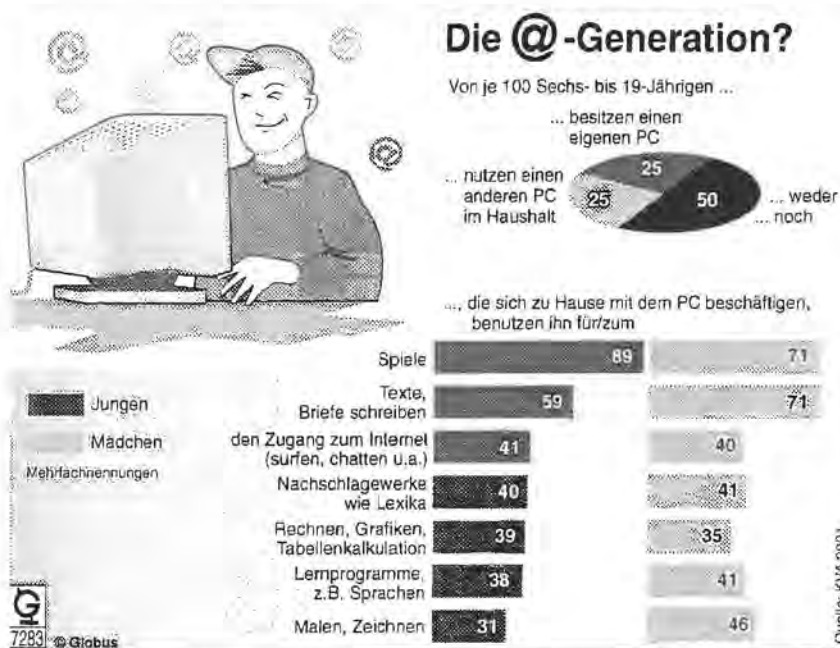
### ☐ Virtuelle Öffentlichkeitsarbeit

Wie bekomme ich Unterstützung und kann von den Erfahrungen anderer lernen? Wie kann ich beeinflussen, wie ich im Netz wahrgenommen werde? Was ist bei der Gestaltung von Rundsendungen, Webseiten, Mailinglisten, Portalen und Streams zu beachten?

### ☐ Vernetzung

Was zeichnet eine gut vernetzte Kampagne aus? Wie funktioniert Zusammenarbeit auch über große Distanzen hinweg? Unabhängig von technischem Detailwissen wurde in dem Workshop die Technik vernetzten Arbeitens vermittelt, die Kompetenz als Voraussetzung für selbstbewussten und selbstbestimmten Umgang mit Medien. ■

ms



### Am liebsten für Spiele

Kann man von der @-Generation sprechen, wenn nur die Hälfte der Kinder und Jugendlichen zu Hause einen PC nutzt? Würde man nach dem Alter differenzieren, sähe die Statistik schon anders aus. Denn 87 Prozent der 16- bis 19-jährigen Jungen und 81 Prozent der gleichaltrigen Mädchen beschäftigen sich häufig oder wenigstens ab und zu in ihrer Freizeit mit dem PC. Schaut man sich die Art der PC-Nutzung an, stehen Spiele am PC ganz oben, wobei die Jungen erheblich spielbegeisterter sind als die Mädchen. Diese wenden ebenso oft Schreibprogramme an. Im Internet surft noch nicht einmal die Hälfte der jungen PC-Nutzer.

Statistische Angaben: KidsVerbraucherAnalyse 2001

## D-A-S-H Ein Medienprojekt für Vernetzung - gegen Ausgrenzung

Dash ist ein Gedankenstrich, ein Satzzeichen, das zwei Wörter verbindet. Dash kann vieles heißen: Es kann eine kleine Prise oder plötzliche Bewegung bezeichnen, aber auch Entschlossenheit, Verve und Enthusiasmus bedeuten.

D-A-S-H ist ein Projekt von und für junge Menschen, die gegen soziale und politische Ausgrenzung eintreten, Ressentiments und Vorurteilen entgegenzutreten, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auftreten. Anstatt diese Prinzipien bloß zur Schau zu stellen oder lediglich abstrakt zu vermitteln, geht es bei D-A-S-H darum, konkrete Handlungsansätze miteinander in Beziehung zu setzen, zu vernetzen und auf verschiedenen Ebenen zu reflektieren. Ziele des Projektes sind

- durch, aber auch über den Vernetzungsprozess hinaus aktuelle Formen von Solidarität zu ermitteln.
- über den eigenverantwortlichen Umgang mit Medien neue Modelle demokratischer Partizipation zu entwickeln und zu erproben.
- Prozesse der Selbstbestimmung anzustoßen, die politische, kulturelle und soziale Grenzziehungen in Frage stellen und praktisch überwinden.

D-A-S-H ist ein Projekt im Netz und aus dem Netz heraus. Schwerpunkt ist die Förderung eines souveränen, vernetzten und eigenverantwortlichen Umgangs mit Medien, egal ob diese gerade alt oder neu genannt werden.

D-A-S-H ist ein offenes Projekt und richtet sich an Gruppen und Einzelpersonen, die in diesem Zusammenhang bereits aktiv sind, aber auch an solche, die erst aktiv werden wollen,

D-A-S-H ist europaweit ausgerichtet und arbeitet über Grenzen hinweg. Im Mittelpunkt stehen Angebote, die den Bedürfnissen der Gruppen vor Ort dienen, deren Fragestellungen aufgreifen und Lösungen darstellen, die an unterschiedliche Rahmenbedingungen anzupassen sind.

D-A-S-H verbindet inhaltliches Engagement, medienpädagogische Kompetenzen und praktische Erfahrungen, wie sie im Laufe der letzten Jahre gesammelt werden konnten.

D-A-S-H agiert auf vier Ebenen:

### Initiierung von Modellprojekten

D-A-S-H begleitet, unterstützt und regt die Realisierung innovativer Ideen an, die für ihre Umsetzung entweder einen zusätzlichen Schub oder weitergehende Hilfestellung benötigen.

### Technische und logistische Unterstützung

Darüber hinaus vermittelt D-A-S-H Interessierten eine breite Palette an Dienstleistungen, die heute für die Realisierung eigener Aktivitäten immer größere Bedeutung haben: Vom Webpace bis zur Videokamera, von

technischer Beratung bis zu medienpädagogischer Betreuung bemüht sich D-A-S-H um qualifizierte Hilfestellung aus einer Hand.

### Training und Weiterbildung

D-A-S-H bietet regelmäßig Seminare, Konferenzen, Publikationen und Newsletter an, die den Erfahrungsaustausch zwischen den Aktiven befördern und ausbauen.

### Zugang zu inhaltlichen Ressourcen

D-A-S-H arbeitet an einem Rechercheportal, das die unzähligen Aktivitäten und Materialien, die sich zu den Themen Vernetzung sowie Ausgrenzung bereits im Netz befinden, systematisch erschließt und mit interaktiven Suchwerkzeugen schnell und unkompliziert zur Verfügung stellt.

D-A-S-H ist ein Projekt des JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis. D-A-S-H wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und von der Bundeszentrale für politische Bildung. ■

### Kontakt:

**Elke Stolzenburg**  
**JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis**  
**Pfälzer-Wald-Straße 64**  
**81539 München**  
**Tel. 089/ 68 9 89 - 0**  
**Fax 089/ 68 9 89 - 111**  
**E-Mail: [info@d-a-s-h.org](mailto:info@d-a-s-h.org)**  
**[www.d-a-s-h.org](http://www.d-a-s-h.org)**



# Multimedia im Politik-Unterricht

von Udo Kegelmann, Universität Erlangen-Nürnberg\*

**Über die Chancen und pädagogisch sinnvollen Einsatzmöglichkeiten multimedialer Computerprogramme (z.B. Power Point) im Unterricht referierte der Erlanger Medienexperte Udo Kegelmann im Rahmen einer Lehrerfortbildung für Sozialkundelehrer.**

Mit dem Anschluss der Gabriele-von-Bülow-Oberschule in Berlin konnte am 15. Oktober 2001 ein anspruchsvolles Bildungsziel erreicht werden. Durch vielfältige Anstrengungen von Politik und Wirtschaft haben seitdem alle deutschen Schulen Zugang zum Netz der Netze.

Doch der bildungspolitische Schein trügt, denn schließlich macht ein Computer noch keinen Unterricht, gewährleisten moderne Hardware- und Software-Angebote an sich noch keine Lernerfolge. Vielmehr riskieren Pädagogen und Bildungsverantwortliche in eine „Technikfalle“<sup>1</sup> zu geraten. Die Möglichkeiten der neuen Medien werden immer noch überschätzt,<sup>2</sup> gleichfalls aber auch organisatorische Bedingungen fahrlässig unterschätzt<sup>3</sup> (z.B. mangels ausreichend medienkompetenter Lehrkräfte, hohem Zeitbedarf für die effektive „Inbetriebnahme“ des PC-Raums, Probleme des Updates von Programmen sowie technischer Konflikte wie bspw. Systemabsturz, Inkompatibilität, veraltete Datenspeichersysteme, Entsorgung von Altgeräten etc.). Darüber hinaus treibt die Suche der Medienindustrie nach weiteren Absatzmärkten - bspw. in der Herstellung computerunterstützter Malprogramme für Vorschulkinder - pädagogisch bedenkliche Blüten. Ein Phänomen, das sich wohl nur durch die Unsicherheit von Eltern begründen lässt, die in bester Absicht ihren Kindern den ersten Schritt in das digitale Zeitalter ebnen wollen.

Um in Zukunft zumindest aus didaktischer Sicht nicht mehr in diese Technikfalle zu geraten, wird es daher noch auf lange Sicht notwendig sein, Pädagogen nicht nur im Umgang mit den neuen Medien zu schulen, sondern ihnen auch zu zeigen, wie sie mit Hilfe des jeweils vorhandenen Standards an Multimedia und Internet künftig ihren Unterricht *sinnvoll* vorbereiten, durchführen und auswerten können. Dieser Prozess bedarf einer begleitenden Diskussion um den kooperativen Einsatz von traditionellen und neuen Medien in Schule und Unterricht, der durch den Ausbau vorhandener didaktischer Modelle und die Entwicklung adäquater Unterrichtsformen gestützt wird. Diese Aufgaben müssen jetzt schon angegangen werden, um auf die heranwachsende „digitale Schülergeneration“ vorbereitet zu sein.<sup>4</sup>

## Bildungsziel Informations- und Wissensmanagement

Um sich in einer multimedialen Welt zurecht finden zu können bedarf es höchst anspruchsvoller Fähigkeiten des Informations- und Wissensmanagements:

- Reflexion über den Zugang zu Informationen (z.B. Voraussetzungen, Nutzerverhalten bei der Auswahl von Informationsquellen, Datenfilterung und Zensur)
- Informationen suchen, finden, verarbeiten, evaluieren, selektieren, darstellen, speichern und weitergeben
- Rekonstruktion, Konstruktion und Dekonstruktion von Wissen.

Gerade die Beurteilung der Informationsqualität wird zum bedeutsamen Bildungsauftrag. Burbules/ Callister lehnen folgende Informationskategorien in Multimedia und Internet ab:<sup>5</sup>

1. „*Misinformation*“: = Daten, die zu falschen Schlüssen führen können, weil sie nicht korrekt, nicht wahr, veraltet, unvollständig oder nicht vertrauenswürdig sind.
2. „*Malinformation*“: = ethisch-moralisch an- und abstoßige zu bewertende Informationen.
3. „*Messed-Up Information*“: = schlecht dargestellte oder unstrukturierte Informationen.
4. „*Mostly Useless Information*“: = überflüssige Informationen (z.B. Webkamera-Blick auf eine mehr oder weniger gefüllte Kaffeekanne).

Zudem gilt es Kriterien zu entwickeln für den *Lesewert* (Verhältnis von Bildanteilen und zugehörigen Inhalten), die *Leserlichkeit* (funktionale Eigenschaften der Darstellung), die *Lesbarkeit* (funktionale Eigenschaften der einzelnen Bildelemente) und den *ästhetischen Wert* (künstlerisch-optischer Eindruck) einer Informationsquelle.<sup>6</sup>

Ebenso wird auch die Bedeutung von Metainformationen zunehmen. Erlernte Orientierungsmuster, die an das Trägermedium gebunden sind, werden unbrauchbar, weil sich die Metainformationen im digitalen Raum vom physischen Zeichenträger lösen<sup>7</sup>. Die Wahrnehmung von Metainformationen neuer Medien muss demnach erst noch erlernt werden (z.B. Internet-Adresse als Herkunftsnachweis der Informationsquelle).

Insgesamt wird es daher darauf ankommen, wie virtuos Schüler und Lehrer künftig mit multimedialen Informationen umgehen werden, um daraus Wissen generieren zu können.

\*Udo Kegelmann ist Berufsschullehrer und Lehrbeauftragter für den Mastersstudiengang „Multimedia-Didaktik“ der Universität Erlangen-Nürnberg. Er ist zudem seit mehreren Jahren in der Lehrerfortbildung in den Bereichen „Multimedia-/ Web-Design“ und „Multimedia-Didaktik“ tätig.

Email-Kontakt: [ukegel@vr-web.de](mailto:ukegel@vr-web.de) Internet: <http://home.vr-web.de/ukegel>

## Multimedia verändert die Lernkultur

Blickt man auf die wissenschaftliche Diskussion der vergangenen Jahrzehnte über die lerntheoretischen Begründungen der neuen Medien im Unterricht zurück, so lässt sich aus heutiger Sicht der Lernforschung folgender Kompromiss erkennen:<sup>8</sup>

- **Behavioristischer Lernansatz:** positive Verstärkung von Lernprozessen (z.B. Ermutigung und Lob in Übungsprogrammen)
- **Kognitivistische Lernstrategien:** Bedeutung kognitiver Strategien bei der Informationssuche und beim Entwickeln von Problemlösungen
- **Konstruktivistische Lernumgebungen:** autonomes und selbst gesteuertes Lernen als Basis eigener Wissenskonstruktionen.

Die Auswahl einer geeigneten multimedialen Lernform hängt demzufolge vom jeweils angestrebten Lernziel ab. Insbesondere die konstruktivistische Auffassung von Unterricht führt zu einer neuen Rolle der Lehrkraft im didaktisch-methodischen Spannungsfeld:

- **Lernumgebungen organisieren:** Schüler werden im zunehmenden Maße ihr Wissen in multimedial aufbereiteten, möglichst authentischen, problemorientierten, anschlussfähigen, multiperspektiven, offenen und interaktiven Lernumgebungen selbst gesteuert und selbst kontrolliert konstruieren.

- **Fehlerbewertung:** die dabei auftretenden Fehler stellen keine Störfälle sondern notwendige Bestandteile des Lernprozesses dar.

- **Modeling:** die Lehrkraft legt ihre eigene Konstruktionen offen und ermöglicht dadurch dem Schüler, den Erkenntnisweg des Lehrers besser rekonstruieren zu können. Dieses Vorgehen unterstützt den eigenen Lernfortschritt der Schüler.

- **Scaffolding:** der Lernprozess liegt in der alleinigen Verantwortung des Schülers. Der Lehrer hilft bei Bedarf, um die „Statik“ des entstehenden Lerngebäudes zu überprüfen. Er übernimmt die Rolle eines beratenden Experten.

- **Fading:** im fortschreitenden Lernprozess tritt die Lehrkraft zusehends in den Hintergrund.

- **Reflection:** Bewusstwerden des zurückgelegten Lernwegs, um daraus allgemeine Prozesse der Wissenskonstruktion ableiten zu können. Im gemeinsamen Wissensaustausch wird die Vielfalt an unterschiedlichen Aspekten des jeweiligen Themas offenbar.

- **Evaluation:** die gewonnenen Lernergebnisse lassen sich auf vielfältige Weise überprüfen und darstellen.

## Konsequenzen für den Politikunterricht

Es ist sicherlich ein anspruchsvolles Ziel Schüler durch Schule und Unterricht zum mündigen Bürger zu verhelfen. In der fachdidaktischen Diskussion um die Zukunft des politischen Unterrichts tauchen daher vermehrt die Konzepte der „Problemorientierung“ und der „Handlungsorientierung“ auf. Schüler sollen damit in die Lage versetzt werden, authentische Lebenssituationen zu erfahren, die dabei auftauchenden Probleme zu erkennen und handlungsbezogen zu lösen. Schule kann dadurch zum lebendigen Spiel- und Erfahrungsfeld politischer Notwendigkeit und gemeinnützigen engagierten Handelns werden.



Zeichnung: Tomaschoff



Aus diesem Zielkatalog lässt sich der Einsatz von Multimedia und Internet im politischen Unterricht wie folgt begründen:<sup>9</sup> u.a.

- aktuelle und authentische Informationen und Materialien stehen jederzeit zur Verfügung,
- die Vielfalt unterschiedlicher Meinungen und Positionen zwingt zur Entwicklung eigener Standpunkte,
- moderne Kommunikationstechnologien erleichtern die Kontaktaufnahme und den Informationsaustausch mit Experten, Funktionsträgern und von politischen Entscheidungen Betroffenen,
- das vermeintliche Chaos an Informationen erfordert den Erwerb komplexer Fähigkeiten des Informations- und Wissensmanagements. Das Internet wird zum Spiegelbild einer multikulturellen, postmodernen Risiko- und Informationsgesellschaft. Realität wird nicht auf einfache Strukturen reduziert sondern als komplexe, oftmals widersprüchliche Wirklichkeit erfahren. Diesem Konflikt muss mit einer aktiven Auseinandersetzung begegnet werden,
- die Lehrkraft selbst wird als „Informant“ bewertet und ihre traditionelle Definitionsmacht kritisch untersucht,

- Schüler werden angeregt ihr jeweiliges Weltbild angesichts gegenläufiger Informationen zu überdenken bzw. zu verteidigen und zu begründen. Zugrunde liegende Werte und abzuleitende Normen werden offenbar und auf ihre gesellschaftlichen Folgen hin diskutiert.

- die neuen Medien werden selbst zum Unterrichtsinhalt. Ihre Vorzüge und Gefahrenpotentiale als meinungsbildende Medien sind zu überdenken. Gerade beim Erstellen eigener multimedialer Produkte werden die manipulativen Möglichkeiten neuer Medien aktiv wahrgenommen.

Diese Begründungen erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern zeigen auf, dass wir mit dem sinnvollen Einsatz von Multimedia-Technologien im Politik-Unterricht noch ganz am Anfang stehen. Sie sind aber erste Hinweise auf einen Paradigmenwechsel der schulischen Lernkultur, der sich positiv auf die Schülermotivation für den politischen Unterricht und dadurch auf das eigenverantwortliche Handeln in und für die Gesellschaft auswirken kann. ■

## Fundgrube Internet:

- **Bookmarks und Links**
- **Politische Bildung im Internet**
- **Empfehlenswerte Surftipps**

Die Homepage des Landesbeauftragten für den Computereinsatz im Fach Sozialkunde Thomas Volkert (mit sehr guter Linksammlung thematisch und nach Lehrplan):

<http://www.swg-netzwerk.de/volkert/docs/home.htm>

Politikwissenschaft im World wide web: <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/urlpool.htm>

Die Politikwissenschaftler der Universität Mainz halten eine interessante Linksammlung mit nationalen und internationalen Adressen aus Politik und Wissenschaft bereit:

<http://www.politik.uni-mainz.de/Service/allgemei.htm>

Internetplattform Politikwissenschaft: Hier findet sich eine Liste politikwissenschaftlicher Institute mit Verweisen auf eigene Internetangebote sowie PoliNet - der Katalog politikwissenschaftlicher Websites: <http://www.politikwissenschaft.de/index.php3>

Der W plus P - Katalog ermöglicht kontextbezogene Informationsrecherche, -organisation und -reflektion durch über 4000 Verweise auf Indices, Instrumente, Guides, Verzeichnisse, Materialien und Analysen zum Netz: <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/home.html>

Political Resources on the Net. Englischsprachige Seite mit einer Liste politischer Internetseiten. Regional und nach Ländern sortiert. Links zu Parteien, Organisationen, Regierungen, Medien und vielem mehr. [www.politicalresources.net](http://www.politicalresources.net)

Der auf Themen des Rechtsextremismus spezialisierte Journalist Burkhard Schröder bietet die wohl umfangreichste Sammlung von Internetadressen zu allen Arten des nationalen und internationalen Rechtsextremismus und Neonazismus. Abgründe tun sich auf! Vorsicht bei der Nutzung im Schulunterricht! <http://www.burks.de/nazis.html>

Zusammenstellung: Michael Schröder

<sup>1</sup> vgl. Moser, Heinz (2001): *Wege aus der Technikfalle: Computer und Internet in der Schule*. Zürich: Verlag Pestalozzianum.

<sup>2</sup> In der 50-jährigen Geschichte der Medienwirkungsforschung bleiben höhere Lernerfolge durch neue Medientechniken als äußerst umstritten, vgl. hierzu: Dörr, G. / Seel, N.M. (1997): *Instructional delivery systems and multimedia environments*, in: Dijkstra, S. et al. (Hrsg.): *Instructional design: International perspectives* (Bd. 2, S. 145-182). Erlbaum: LEA.

<sup>3</sup> S.a. Kritische Stimmen zum Computer-Einsatz im Unterricht: Stoll, Clifford (1999) *High Tech Heretic. why computers don't belong in the classroom and other reflections by a computer contrarian*. New York: Doubleday.

<sup>4</sup> Vgl. Negroponte, Nicholas (1995): *Being digital*. New York: Knopf // Tapscott, Don (1998): *growing up digital*. New York et al.: McGraw Hill.

<sup>5</sup> vgl. Burbules, Nicholas C./ Callister, Thomas A. (2000): *Watch IT: the risks and promises of new information technologies for education*. Boulder: Westview Press. Hier: S. 96-103.

<sup>6</sup> vgl. Pettersson, Rune (1993/2): *Visual information*. Englewood Cliffs: Educational Technology Publications. Hier: S. 160.

<sup>7</sup> vgl. Königer, Paul/ Reithmayer, Walter (1998): *Management unstrukturierter Informationen: wie Unternehmen die Informationsflut beherrschen können*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag. Hier: S. 36.

<sup>8</sup> vgl. Moser, Heinz (2001): Hier S. 52-55.

<sup>9</sup> Vgl. Dederbeck, Marcus: „Internet im Politikunterricht“ (<http://www.dedi.de/chapters/pol.htm>), zitiert am 28.10.2001

# Mobilisierung der Demokratie

Ein Zukunftsthema in Erinnerung an Waldemar von Knoeringen

**A**m 6. und 7. Juli, wenige Tage nach dem 30. Todestag Waldemar von Knoeringens, veranstaltete die Akademie ein Symposium, durch das sich Demokratie als zentraler Gegenstand politischer Bildung auf ideale Weise mit der Erinnerung an den bayerischen Politiker und Initiator der Gründung der Akademie für Politische Bildung verbinden ließ. Als Thema der Tagung wurde ein Buchtitel aus dem Jahre 1966 gewählt: Hier hatte Waldemar

von Knoeringen zusammen mit jungen Wissenschaftlern und politisch Aktiven (darunter Peter Hanke, Jürgen Maruhn, Hans-Günter Naumann, Friedrich Schreiber und Kurt Stenzel, die 35 Jahre danach in dieser Tagung mitwirkten) ein 200 Seiten umfassendes Plädoyer für eine zukunftsorientierte Demokratie herausgebracht, in dem bereits Vermutungen hinsichtlich antidemokratischer Rückfallserscheinungen (NPD), aber auch – gewissermaßen im Vor-

griff auf 1968 – kritische Fragen einer neuen Studentengeneration spürbar wurden.

Die Berichterstattung zu dieser Tagung wird in der nächsten Ausgabe des Akademiereport fortgesetzt. Hier folgt der um wenige Passagen gekürzte Vortrag von Hans-Jochen Vogel, der nach Volkmar Gabert (1963-72) als übernächster Nachfolger Waldemar von Knoeringens von 1972 bis 1977 Landesvorsitzender der BayernSPD gewesen ist.

## Waldemar von Knoeringen Ein sensibler Streiter für die Demokratie

von Hans-Jochen Vogel

Ich freue mich, dass die Akademie für Politische Bildung mit dieser Tagung des dreißigsten Todestages Waldemar von Knoeringens gedenkt. Sie hat dazu auch durchaus Anlass. Denn sie verdankt ihre Entstehung einer Initiative Waldemar von Knoeringens und der Tatsache, dass er so lange für ihre Errichtung stritt, bis das entsprechende Gesetz im Mai 1957 verabschiedet wurde und die Akademie im Oktober 1958 ihre Arbeit aufnehmen konnte. Eine Arbeit, die bis heute andauert und die in der Bundesrepublik nach wie vor ihresgleichen sucht.

Das Geheimnis seiner Wirkung lässt sich nicht leicht beschreiben. Natürlich war es seine mitreißende Beredsamkeit, seine Begeisterungsfähigkeit, seine von einer starken Phantasie gespeiste Weitsicht, die ihn Entwicklungen, Chancen und Gefahren schon zu einem Zeitpunkt erkennen ließ, in dem andere sie noch nicht einmal ahnten. Es war auch die umfassende Bildung, die er sich im Laufe seines Lebens im Selbststudium angeeignet hatte, und die ethische Fundierung seines Denkens und Han-

delns. Aber das war es nicht allein. Zumal sich diese Eigenschaften mit einer merkwürdigen Öffentlichkeitsja gelegentlich sogar Menschenscheu paarten, die er immer aufs neue über-



*Phantasie und Weitsicht: Waldemar von Knoeringen*

winden musste. Und zumal er seine Freunde auch gelegentlich überforderte, weil er schon mit dem nächsten und übernächsten Projekt beschäftigt war, während sie noch alle Hände voll da-

mit zu tun hatten, das Vorhergehende in die Wirklichkeit umzusetzen.

Was war das für ein Leben. Hartmut Mehringer hat es in seiner bemerkenswerten, im Jahre 1989 veröffentlichten Biographie im Detail beschrieben. Ich kann mich deshalb auf Stichworte beschränken. Die Geburt im Oktober 1906 als Spross eines alten bayerischen Adelsgeschlechts; auch darin Georg von Vollmar ähnlich, den er zu Recht auch ganz persönlich als seinen Vorgänger ansah. Beitritt zur Sozialdemokratie im Alter von 20 Jahren. Jugendlicher Kämpfer gegen den aufziehenden Nationalsozialismus, dem er in zahllosen Versammlungen in ganz Bayern entgegentrat. 1933 gemeinsam mit seiner Frau, die ihm ein Leben lang treu zur Seite stand, Flucht erst nach Österreich, dann in die Tschechoslowakei. Dort war er Grenzsekretär in Neuern und zugleich aktiv in der Widerstandsgruppe Neu-Beginnen. 1938 erneute Flucht über Prag und Paris nach London. Dort zusammen mit Richard Löwenthal und Karl Anders Redakteur und Sprecher des Senders „Europäische Revolutionen“, der in den dunkelsten Jahren, in denen Hitlers Erfolge unaufhaltsam erschienen, der Wahrheit eine Stimme ließ und seine Hörer in Deutschland zum Widerstand ermutigte. Später seine Bemühungen, die deutschen

Foto: Archiv



Kriegsgefangenen für die Demokratie zu gewinnen; eine Aktivität, aus der Wilton Park hervorging. Eine britische Institution, die viel für die deutsch-britischen Beziehungen und für die Festigung der Demokratie in Deutschland getan hat und in veränderter Form noch heute besteht. 1946 die Rückkehr nach München. Und dann nahezu 20 Jahre vielfältigen Wirkens als Landesvorsitzender, als Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag und von 1958 – 1962 auch als stellvertretender Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie.

## Selbstloser Einsatz

Wahrlich ein Leben, dessen erste Hälfte Grund genug geboten hätte, sich zu verhärten, auf Vergeltung zu sinnen, selbstgerecht zu werden oder auch zum Ausgleich für erlittene Verluste und Beeinträchtigungen an den eigenen Vorteil zu denken oder sich mit den Attributen der Macht zu schmücken. Aber solche Gedanken waren und blieben Waldemar von Knoeringen fremd. Statt dessen hat er sich bis zu seinem allzu frühen Tode selbstlos für die Sache der Demokratie, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit verzehrt. Das sei er seinen von den Nationalsozialisten ermordeten Kameraden, das sei er Hermann Frieb und Bebo Wager und den österreichischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in Wörgl und Wien, mit denen er bis zu ihrer Verhaftung in Kontakt stand, schuldig – hat er mehr als einmal gesagt.

Es würde zu weit führen, jetzt all seine Leistungen in den Jahren aufzuzählen, in denen er nach 1945 politische Verantwortung trug. Genannt werden muß aber auf jeden Fall die sogenannte Vierer-Koalition, die Bayern unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner von 1954 bis 1957 regierte. Dass in ihr so unterschiedliche, ja gegensätzliche Parteien wie die SPD, die Bayernpartei, der sogenannte Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten und die FDP fast drei Jahre zusammen blieben, war vor allem auch seinem Ver-

handlungsgeschick und seiner Beharrlichkeit zu verdanken. Dadurch wurde zugleich der Beweis erbracht, dass auch in Bayern ein demokratischer Machtwechsel möglich ist. Schon deshalb sollte gelegentlich an dieses Faktum der bayerischen Nachkriegsgeschichte erinnert werden.

In dieser Zeit, aber auch zuvor und danach, engagierte sich Waldemar von Knoeringen ganz besonders auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens und der Wissenschaftspolitik. So trat er schon früh für den Übergang von der Bekenntnis- zur Gemeinschaftsschule und für die akademische Lehrerfortbildung ein. Ebenso gab er einen Anstoß für die Errichtung des Wissenschaftsrates auf Bundesebene. Seinen maßgebenden Anteil an der Gründung der Akademie, in der wir heute tagen, erwähnte ich bereits. Und



Hans-Jochen Vogel

Foto: Schroeder

schon Ende der vierziger Jahre rief er die Bildungseinrichtung seiner eigenen Partei in Kochel ins Leben, die zunächst den bescheideneren Namen einer Georg-von-Vollmar-Schule führte, sich aber nach seinem Tode einem – offenbar unwiderstehlichen – Zug der Zeit folgend ebenfalls Akademie nannte.

Seine größten Leistungen lagen indes auf dem programmatischen Gebiet. War er doch einer der ersten, der für eine ideologische Öffnung der deutschen Sozialdemokratie und für die Überwindung überkommener und seit längerem erstarrter dogmatischer Fixierungen eintrat. In diesem Zusammenhang vertrat er auch schon früh

die Ansicht, die Festigung der Demokratie und eine sozialdemokratischen Vorstellungen entsprechende Gesellschaftsordnung hänge viel stärker von der Entwicklung der dem Menschen innewohnenden Anlagen und Fähigkeiten und seiner Orientierung an bestimmten Werten – also im Grunde von seinem Wissen und seiner Bildung – ab als von der Veränderung der Produktionsverhältnisse als solcher oder gar nur der Eigentumstitel. Folgerichtig hat er den Dialog der Sozialdemokratie mit den Wissenschaften ebenso gefördert wie den Dialog mit den Kirchen. Die von ihm angeregten Vortragsreihen der Münchner Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Akademiker über Themen wie „Das Weltbild unserer Zeit“, „Christlicher Glaube und politische Entscheidung“, „Revolution der Roboter“ oder „Der wiederentdeckte Mensch“, die Ende

der fünfziger Jahre im Großen Hörsaal der Technischen Hochschule in München stattfanden und an denen er sich auch selbst mit eindrucksvollen Referaten beteiligte, waren zu ihrer Zeit ein absolutes Novum. Und die ebenfalls von ihm initiierte Tagung in der Katholischen Akademie, bei der 1958 in München die Jesuitenpatres Oswald von Nell-Breuning und Gustav Gundlach mit den Sozialdemokraten Carlo Schmid und Adolf Arndt zu einem öffentlichen

Disput über „Christentum und Sozialismus“ zusammentrafen, war es nicht minder.

Waldemar von Knoeringen, der in den Jahren nach Hitlers Machtergreifung selbst zeitweise der Idee eines revolutionären Sozialismus anhing, hat auf diese Weise die Horizonte sozialdemokratischen Denkens erweitert, ohne die in ihrer Geschichte wurzelnden Traditionen seiner Partei preiszugeben. Er hat – zusammen mit anderen – uns und damit zugleich der Gesellschaft insgesamt die Augen dafür geöffnet, mit welcher Beschleunigung und welcher Radikalität sich bereits zu seiner Zeit innerhalb einer einzigen Generation

Umbrüche vollzogen, die zuvor viele Generationen in Anspruch genommen haben. Und er hat uns gelehrt, dass sich das menschliche Bewusstsein und das menschliche Verhalten ändern müssen, wenn wir diesen Herausforderungen begegnen wollen. Das Godesberger Programm, dem er so die Bahn geebnet, zu dem er unter anderem den Wortlaut der Präambel beigesteuert und das er auch sonst wesentlich beeinflusst hat, war ein entscheidender Schritt auf dem Weg, der ihm vorschwebte. Und das Berliner Programm des Jahres 1989 hätte in den entsprechenden Passagen sicher ebenso seinen Beifall gefunden.

## Suche nach Antworten

Dabei ist Waldemar von Knoeringen nicht müde geworden, vom Menschen zu sprechen und nach seiner Beschaffenheit, seinen Gefährdungen und Grenzen zu fragen. Auf diese Fragen, auf die Frage nach dem Wesen des Menschen, hat er immer aufs neue Antworten gesucht. Und er hat der Philosophie, der Theologie und den anthropologischen Wissenschaften Antworten abverlangt, die sie nur teilweise zu geben vermochten. Schon 1954 brachte er die Problematik, die uns gerade jetzt in existenzieller Weise herausfordert, fast prophetisch wie folgt auf den Punkt: „In dem Mißverhältnis zwischen dem ethischen und dem rationalen Bereich menschlichen Wirkens liegt die Gefahr für das Scheitern unserer Zivilisation.“ Man könnte fast meinen, ihm hätte damals bereits die Frage vor Augen gestanden, ob der Mensch wirklich alles tun darf, wozu ihn die Wissenschaft befähigt – also beispielsweise in die menschliche Keimbahn eingreifen, Menschen wie andere Erzeugnisse produzieren oder über Substanzen, in denen das Menschsein bereits begonnen hat, zu unterschiedlichsten Zwecken zu verfugen.

Was Waldemar von Knoeringen zu seinen Lebzeiten zu diesem Spannungsverhältnis immer wieder gesagt hat, war keine Absage an das dem Menschen angeborene Streben nach neuen Erkenntnissen und dem immer weiteren Hinausrücken der Grenze zwischen Wissen und Nichtwissen.

Und es war ebenso wenig eine Absage an den technischen Fortschritt schlechthin. Aber es war ein dringender Appell an die politische, besser gesagt an die gesellschaftliche Verantwortung. Ein Appell, die Entwicklung nicht dem Selbstlauf oder allein dem ökonomischen Prinzip zu überlassen, sondern sie unter humanen, unter ethischen und unter ökologischen Kriterien – insbesondere aber unter dem Kriterium der Menschenwürde – unter Kontrolle zu halten. Dieser Appell muß – ich denke aber außer an die von mir bereits genannte Entwicklung der Gentechnik auch an die Globalisierung und an das Übergreifen des ökonomischen Prinzips auf fast alle Lebensbereiche – heute noch ernster genommen werden als in der Vergangenheit.

Das schließt auch die Notwendigkeit ein, erkannte Irrtümer zu korrigieren und umzukehren, wenn sich Wege als Irrwege erwiesen haben. Etwa der Weg zur Nutzung der Kernenergie. Zusammen mit der großen Mehrheit der Wissenschaft und Politik hat Knoeringen in den fünfziger Jahren die friedliche Nutzung der Atomkraft für ein wesentliches Hilfsmittel zur weltweiten Verbesserung des Lebensstandards gehalten und deshalb bejaht. Ich bin mir ziemlich sicher, dass er mit dem heutigen Kenntnisstand zu einem anderen Ergebnis gelangen und deshalb mit dem Ausstieg aus der Atomwirtschaft einverstanden sein würde. Nach Tschernobyl wohl allemal. Denn das war auch eine Fähigkeit dieses großen Mannes: zuzuhören, besseren Einsichten Raum zu geben und lebenslang zu lernen.

## „Mehr Demokratie wagen“

Waldemar von Knoeringen war schließlich nicht nur ein unermüdlicher Streiter für die Demokratie. Er war auch ein sehr früher Verfechter des Demokratieprinzips als eines allgemeinen gesellschaftlichen Prinzips. Die von ihm herausgegebene Schrift „Mobilisierung der Demokratie“ mit eigenen Beiträgen von ihm dafür gewonnener, damals noch jüngerer Sozialdemokraten entwickelt diesen Gedanken in einer auch heute noch lesenswerten Weise. Von ihr führt auch

ein direkter Weg zu der berühmten Losung „Mehr Demokratie wagen“ in Willy Brandts Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969.

Die Demokratisierung war auch Knoeringens Antwort auf die Machtfrage, der er – zu Unrecht gelegentlich als Träumer apostrophiert – keineswegs auswich. Von der Mitbestimmung der Betroffenen, davon, dass die Menschen ihre Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nahmen, erwartete er das Mehr an Freiheit, an Gerechtigkeit und Solidarität, um das es der Sozialdemokratie von Anfang an ging und dessen Substanz sie nicht nur gegen die Willkürherrschaft des Nationalsozialismus, sondern auch gegen die kommunistische Diktatur stets verteidigte.

Eine Leistung Waldemar von Knoeringens bleibt noch zu erwähnen, die ihn besonders auszeichnete, weil sie keineswegs alltäglich war. Er hat nämlich bis in seine letzten Lebensjahre hinein junge Menschen um sich gesammelt, sie dazu gebracht, sich zu engagieren und politische Verantwortung zu übernehmen. Dafür nahm er sich viel Zeit, mit ihnen saß er Stunden um Stunden zusammen und er freute sich, wenn sie auf dem Weg, den er ihnen vorzeichnete, vorankamen. Was sich dabei um ihn als den selbstverständlichen Mittelpunkt entwickelte, war keine Kaderschmiede und da entstanden auch keine Seilschaften zur wechselseitigen Förderung von Karrieren. Da wurden vielmehr Menschen im wahrsten Sinne des Wortes gebildet und zur Erkenntnis ihrer selbst gebracht. Dass ich selbst einer von denen war, denen dies widerfuhr, sagte ich schon. Dafür, dass ihm das gelang, waren Eigenschaften wesentlich, an die ich zum Schluss erinnern möchte, nämlich seine absolute Glaubwürdigkeit, die vollständige Übereinstimmung von Reden und Handeln – auch im ganz persönlichen Bereich. Und seine Menschlichkeit, seine Bescheidenheit und seine Sensibilität, die er sich zeitlebens bewahrt hat.

Für all das gebührt ihm Dank über das Grab hinaus. Ein Dank, der sich nicht in Worten erschöpft, sondern die Erinnerung an ihn und sein Vermächtnis wach hält. ■



# Der 13. August 1961: Die Berliner Mauer als Zäsur

**Z**eitgeschichtliche Themen sind immer dann zugleich auch Gegenwartsthemen, wenn die wissenschaftlichen und publizistischen Schlachten um die Interpretation zurückliegender Geschehnisse noch nicht geschlagen sind oder neu entfacht werden. Vierzig Jahre nach dem Bau und zwölf Jahre nach ihrem Fall ist die Berliner Mauer auch deshalb wieder gegenwärtiger als jemals zuvor seit der deutschen Vereinigung, weil im aktuellen Wahlkampf zum Berliner Landesparlament die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der Partei des Mauerbaus (SED/PDS) debattiert wurde. Die dahinter stehende Verdrängung des gerade durch die Berliner Langzeit-Erfahrung entwickelten antitotalitären Konsenses der Demokraten in Deutschland wäre zwar ein aufregendes, aber doch ein umfangreiches eigenes Thema, das in Zukunft, also unter der Wirkung des 11. September 2001, ohnehin neue Aktualität und damit auch Bearbeitung erfahren wird. Zum Zeitpunkt der Tagung (7. – 9. September 2001) hielten es die Veranstalter, die Akademie in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie, für richtig, an der historisch orientierten Konzeption festzuhalten.

Die Problematik kollektiver Vergesslichkeit, die schnell verblassende Erinnerung – nur ein Jahrzehnt nach dem Epochenwandel von 1989 – bildete denn auch den Einstieg für den Historiker *Heinrich Potthoff*. Gerade bei jungen Menschen dürfte diese Erinnerung weniger anzutreffen sein, und die damit verbundenen Konsequenzen im politischen Bewusstsein einer ganzen Generation sollten nicht unterschätzt werden. Laut *Potthoff* war der Mauerbau kein so unerwartetes Ereignis wie der Mauerfall. Jedoch sei die totale Abriegelung der Grenze nicht zwangsläufig gewesen: „Doch die Insellage West-Berlins machte den Westen anfälliger, und die Konzentration der macht- und militärpolitischen Konfrontation machte jeden Konflikt gefährlicher.“ Neben der Zementierung der Grenze und damit einer politischen Zäsur, die dem Westen unmissverständlich klar machte, dass es sich hier nicht nur um ein Provisorium handelte, bedeutete der Mauerbau auch eine politische Zäsur für die DDR.

Einerseits habe die Mauer „die Abstimmung mit den Füßen“ der DDR-Bevölkerung zwar gestoppt, andererseits sei sie das sichtbare Eingeständnis der Unterlegenheit gegenüber dem Magnetismus des politischen Modells des Westens gewesen. Die Probleme,

welche schließlich zur Zerschneidung der Stadt führten, seien allerdings „hausgemacht“ gewesen. Die DDR-Führung habe am 13. August 1961 einen erheblichen Eigenpart gespielt und es sei falsch, die Schuld an der Grenzschießung im Nachhinein auf die Sowjetunion allein abzuschieben, betonte *Potthoff*. Der Bau der Mauer wurde zur doppelten Zäsur: einerseits wurde der Status quo in Europa perfektioniert; andererseits wurde Klarheit über den Ausgangspunkt geschaffen, von dem aus eine neue Ostpolitik der Bundesrepublik im engen Bündnis mit den USA und im Rahmen der NATO entwickelt werden konnte.

## Offene Wunde zugeklebt

*Manfred Regin*, langjähriger RIAS-Journalist, setzte sich mit einer Reihe von Legenden auseinander. Unglaublich war die sogenannte „Ost-Legende“, wonach die Errichtung des „Antifaschistischen Schutzwalls“ nur der Friedenssicherung gedient habe. Doch scharf wies *Regin* auch die sogenannte „West-Legende“ zurück, wonach der Westen vom Mauerbau gewusst und absichtlich nichts unternommen habe. Die Alliierten hatten eher mit einer Abriegelung Gesamt-Berlins gegenüber der umgebenden

DDR und weniger mit einer Durchtrennung der Stadt selbst und damit der Zerstörung des Vier-Mächte-Status gerechnet. Die unmittelbare Bedrohung West-Berlins, wie sie noch während des Chruschtschow-Ultimatums von 1958/59 bestanden hatte, war zurückgegangen, weil die Sowjets die „offene Wunde“ „zugeklebt“ hatten und nicht mehr „operieren“ wollten. Im „Zeichen der Bombe“ hatten sich insoweit beide Supermächte etwas mehr Ruhe verschafft, doch alles auf Kosten der Ost-Berliner und der DDR-Bevölkerung, deren Produktivkraft sich Ulbricht damit gesichert habe, wie der Fernsehjournalist *Fritz Schenk* – bis 1957 selbst Mitglied der DDR-Plankommission – im Rahmen einer wirtschaftshistorischen Gesamtdarstellung ausführte. Damit war die politische Zäsur des Mauerbaus zugleich eine ökonomische, aber vor allem eine grausame Zäsur für die Lebenseinstellung, die Zukunftsorientierung der DDR-Bevölkerung, die keinen Fluchtweg mehr hatte und aus westdeutscher Perspektive „hinter der Mauer“ verschwand.

## Widerstand

Für den Historiker *Stefan Wolle* wurde die Zeit nach dem Mauerbau zum Musterbeispiel für das Zusammenwirken von Repression, Anpassung und partiellen Zugeständnissen von Seiten der Staatsführung. Doch vor allem ab den siebziger Jahren entwickelte sich auch Widerstand, zunächst in kleinen Gruppen und im Westen nur unzureichend registriert.

Den ausbleibenden Ambitionen, die Mauer einzureißen, standen bis 1989 individuelle Versuche gegenüber, das Bauwerk zu überwinden. Versuche, die zum Teil gelangen und für die wiederum ein anderer Teil von Menschen mit dem Leben bezahlen musste. Dass die Aufarbeitung der in diesem Zusammenhang an der Mauer begangenen Verbrechen eine massive – wenn auch verspätet zum Tragen kommende – juristische Zäsur darstellt, belegte *Christoph Schaeffgen*, Generalstaatsanwalt a.D. in Berlin.

Die justizielle Aufarbeitung des Systemunrechts mit den Mitteln eines kriminologisch ausgerichteten Strafrechts stellte für die Rechtssprechung der Bundesrepublik Deutschland juristisches Neuland dar, weil man sich hier an einer empfindlichen Nahtstelle zwischen dem Prinzip des Rechtsstaates und der Idee materialer Gerechtigkeit bewegte. Es ging hier um nicht viel weniger als die zentrale Frage, wie denn Gerechtigkeit überhaupt hergestellt werden könne, wenn sich die rechtsstaatliche Strafverfolgung an einem Regelwerk zu orientieren hat, das als Recht eines auch von der Bundesrepublik anerkannten, souveränen Staates die Erschießung unbewaffneter Flüchtlinge nicht nur entkriminalisiert, sondern sogar ausdrücklich anordnet! Zum ersten Mal in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte, so *Schaeffgen*, sei auch Regierenden – hier vor allem den Mitgliedern des Politbüros – ein rechtsfreier Raum öffentlich abgesprochen worden. Die Verantwortlichkeiten der politischen Führungsebene als der Hauptverursacher von Staatsverbrechen an den DDR-Grenzen (so beruhte z.B. der Schießbefehl auf konkreten Vorgaben des Politbüros selbst!) seien klar und deutlich ausgesprochen worden. „Die großen rechtspolitischen Schlachten sind geschlagen worden und zugunsten einer Strafverfolgung statt Amnestie und zugunsten einer Bewertung der Gewalttaten an der Grenze als strafbares Unrecht ausgegangen“, betonte *Schaeffgen*. War es für die westdeutschen Juristen weitgehend ein neues Feld, auf das sie sich seit 1991 wagten, so bedeutete die juristische Aufarbeitung der Staatskriminalität an der Mauer auch für viele Ostdeutsche eine fundamentale Neuorientierung – habe sie doch ihre erste Konfrontation mit dem Rechtsstaat selbst dargestellt, erläuterte *Schaeffgen*.

Gerechtigkeit zu bekommen, trotz z.T. justizieller Unterstützung, ist gar nicht immer so leicht. Dies zeigte sich auf ebenso eindrucksvolle wie erschütternde Weise bei einer nachmittäglichen Podiumsdiskussion, die sich um die persönlichen Zäsuren drehte, welche mit der Mauer für etliche Menschen – besonders in der DDR – Stein auf Stein aus dem Boden wuchsen.

Aufs Podium geladen waren die beiden ehemaligen Grenzsoldaten *Rudi Thurow* und *Lutz Rathenow* – letzterer ist in erster Linie als Schriftsteller populär geworden – sowie die beiden ehemaligen politischen Häftlinge *Thomas Ammer* und *Elisabeth Graul* – auch sie ist heute Schriftstellerin.

erregime nicht unmittelbar erlebt haben, zu vermitteln vermag. Vor allem der sogenannte Schießbefehl war für Rathenow schwierig. Als „den einen Befehl“ habe es ihn übrigens gar nicht gegeben, so Rathenow. Vielmehr sei dieser Verhaltensnorm ein komplexes Regelwerk verschiedener Einzelbefeh-



*Elisabeth Graul: Zuchthaus in der DDR erlitten, rechts: Karl Wilhelm Fricke*  
Fotos: Tremf

Für den Kriegswaisen *Rudi Thurow*, ehemals freiwilliger NVA-Unteroffizier an der Westgrenze in Berlin, war die Armee so etwas wie eine Ersatzfamilie. Die Mauer bedeutete ihm zunächst nicht viel. Mit der Zeit aber war gerade sie ein wachsender Grund, der DDR und der in ihr begonnenen, hoffnungsvollen Karriere den Rücken zu kehren. Im Februar 1962, kurz nachdem er das erste Mal mit konkret erlebter Gewalt an der Grenze konfrontiert worden war, flüchtete der 24-jährige *Thurow* unter Mitnahme geheimer Papiere und von drei Zivilisten nach Westberlin. Dort wurde er sesshaft und engagierte sich in den Folgejahren aktiv als Fluchthelfer. Unter anderem deshalb versuchte die Staatssicherheit dreimal seine Entführung und plante schließlich die „Liquidierung des Objektes *Thurow*“, wie es im amtlichen Aktionsplan lapidar heißt.

Für den Soldaten *Lutz Rathenow* bedeutete der Grenzdienst knapp zehn Jahre später eine erste tiefgreifende Erschütterung seines Wertesystems, die der heutige Schriftsteller mit der ihm eigenen Sprachkraft auch Westdeutschen und anderen, die das Mau-

le und Ausführungen auf den unterschiedlichsten Ebenen zu Grunde gelegt gewesen, das darauf hinauslief, im Zweifelsfall immer zu schießen, da man sonst Ärger bekommen würde. *Thomas Ammer* erlebte den 13. August 1961 während seiner Haft im Zuchthaus (1958-62) gewissermaßen als zweite Mauer um die Gefängnismauer. Er wurde nach sechs Jahren Haft von der Bundesregierung freigekauft.

*Elisabeth Graul* hatte sich als junge Musikstudentin in (Ost)Berlin einem Widerstandskreis angeschlossen, wurde 1951 verhaftet und in einem Schauprozess unter Vorsitz der berüchtigten Hilde Benjamin zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Tatsache des Mauerbaus traf *Elisabeth Graul* ein halbes Jahr vor ihrer vorzeitigen Entlassung aus dem Gefängnis. „Da ich vor hatte, so schnell wie möglich in den Westen auszureisen, bedeutete der Mauerbau für mich, dass ich meine gesamten Zukunftspläne über den Haufen werfen musste!“ So habe sie sich eben – mit viel psychologischer Unterstützung von Freunden – in ihrem neuen Leben eingerichtet und sei bis zum „bitteren Ende“ in der DDR geblieben.



Unglaublich, so drückten es vor allem junge Tagungsteilnehmer aus, wie diese zurückhaltende Dame nach unvorstellbaren 11 Jahren Frauengefängnis Hoheneck und weiteren 27 Jahren bis zum Fall jener Mauer, die ihr Schicksal nach der Haft bestimmte, heute vom Podium aus Respekt einflößt und fast distanziert ihr Leben beschreibt, so wie sie es ausführlich in ihrem autobiografischen Werk „Die Farce“ bereits vor einigen Jahren getan hat. „Was da alles Verantwortungsloses gegenüber uns jungen Idealisten in den Prozessen gelaufen ist, ist unvorstellbar. Das Ganze war ein Panoptikum, aber ein lebensgefährliches.“

Zusammengestellt und mit nur scheinbar leichter Hand dirigiert wurde das Podium von *Karl Wilhelm Fricke*, den die Stasi einst aus West-Berlin zurück in den Osten entführt und vier Jahre ins Zuchthaus gebracht hatte. Seit

Ein abschließendes Politiker-Podium mit *Rainer Barzel*, dem früheren Regierenden Bürgermeister von Berlin (1967-77) *Klaus Schütz* und dem früheren Präsidenten des Gesamtdeutschen Instituts, *Detlef Kühn*, wurde von der BR-Hörfunkjournalistin *Susanne Zimmer* moderiert.

*Barzel*, früherer Bundestagspräsident, zuvor CDU-Vorsitzender und davor jüngstes Mitglied im letzten Kabinett Adenauer, hatte durch die Tat bewiesen, dass er keineswegs gegen jegliche Kontakte der Bundesrepublik zum SED-Regime war. Dennoch kritisier-



*Bekämpfte Brandts Ostpolitik: Rainer Barzel*

In diese Richtung zielte auch *Klaus Schütz*, der schon vor seiner Zeit als Regierender Bürgermeister und Landesvorsitzender der Berliner SPD in wichtigen Schlüsselfunktionen enger Vertrauter Willy Brandts gewesen war. Nach dem Schock des Mauerbaus und der so nicht erwarteten Zerstö-

rung des Viermächtestatus für Berlin ging es Brandt und Schütz vor allem darum, die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik zu erhalten und zu vertiefen, die USA weiterhin auch gegen deren eventuelle Schwerefälle in Berlin zu engagieren und schließlich neue Wege des Kontakts der Menschen in der ge-

teilten Stadt zu finden. Das Passierscheinabkommen war ohne Gespräche mit der SED-Führung nicht zu bekommen; ein Verzicht darauf wäre jedoch von der Bevölkerung weder im Osten noch im Westen der Stadt verstanden worden. So wurde schließlich das Konzept der neuen Ostpolitik geboren, das zaghaft von der großen Koalition (1966-69) und verstärkt während der Kanzlerschaft Willy Brandts ab Ende 1969 umgesetzt wurde. Trotzdem fiel auf, wie stark *Klaus Schütz* bis heute vom Bemühen um Gemeinsamkeit der großen Parteien in den Lebensfragen der Nation geprägt ist: Der gepflegte Umgang zwischen *Barzel* und *Schütz* unterschied sich wohlthuend von Wortwechseln anderer Podien, und *Schütz'* Betonung der bewährten Tradition früherer großer Koalitionen im Lande Berlin, übrigens trotz absoluter SPD-Mehrheiten zu Zeiten der Regierenden Bürgermeister Willy Brandt und Otto Suhr, wirkte fast wie ein Seitenblick auf die Gegenwart. Die Politik der Bundesrepublik war stets auf Überwindung oder wenigstens Durchlöcherung der Mauer angelegt. *Barzel* und *Schütz* konnten dies je auf eigene Weise belegen. Dass die Mauer letztendlich doch fiel, und dies auf friedliche Art und Weise, verblüfft *Schütz* bis heute: „Das sehe ich immer noch als ein Wunder an.“ ■

*Rafael Tremel*



*Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik vertiefen: Klaus Schütz, rechts Moderatorin Susanne Zimmer*

Jahrzehnten wirkt *Fricke* als einer der ganz wenigen begnadeten Forscher und Publizisten in der Bundesrepublik, die fähig sind, das Leben „hinter der Mauer“ in einer von Leidenschaft gespeisten Sachlichkeit zu beschreiben, die gerade aufgrund ihrer Nüchternheit den westdeutschen Leser oder Zuhörer aufrüttelt. In Gegenwart einiger davon Betroffener dankte *Karl Wilhelm Fricke* dem einstigen Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, *Rainer Barzel*, für die Einführung des Freikaufens von politischen Häftlingen aus der DDR.

te er die Ostvertragspolitik des späteren Bundeskanzlers Willy Brandt insofern, als diese eine internationale Aufwertung der DDR mit sich gebracht habe. Dem widersprachen die beiden anderen Podiumsteilnehmer. *Detlef Kühn* lobte die auf eine „Einheit des nationalen Bewusstseins“ der Deutschen abzielende Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition ab 1969, die mehr zum späteren Untergang des SED-Regimes beigetragen habe als umgekehrt ein roter Teppich für Erich Honecker diesen Prozess zu bremsen vermochte.



# Partner und Mahner der Politik

Kultusstaatssekretär Karl Freller

auf der konstituierenden Sitzung des 11. Beirats <sup>1)</sup>

**S**ie sind Mahner der Politik. Das ist eine der wichtigen Aufgaben dieses Beirates, wie auch der Tutzing Akademie, dass sie zum einen Partner der Politik, zum anderen auch Mahner der Politik sind. Sie mahnen die Notwendigkeit einer verstärkten politischen Bildung an. Diese Mahnung nehme ich ernst, weil ich selbst immer wieder erfahre, wie oberflächlich – wenn überhaupt – diskutiert und politisiert wird. Ich stelle – wahrscheinlich mit der gleichen Sorge wie Sie – fest, dass wir eine sehr oberflächliche Diskussionskultur in Deutschland haben. Die eine Sache sind die Talkshows, die meinungsbildender sind als fundierte Informationen. Ich befürchte, dass sich die Oberflächlichkeit dieser Diskussionen auch niederschlägt in oberflächlichen Entscheidungen. Dann wird es gefährlich für ein Land. Darum ist es gut und wich-

Ich teile die Sorge, was die politische Bildung unserer jungen Menschen angeht. Ich habe all die Jahre keinen Hehl daraus gemacht, dass ich mir gerne mehr Stunden für Sozialkunde und politische Bildung an unseren Schulen wünsche. Dass das Korsett einer Stundentafel natürlich bei der Befürwortung einer Stunde mehr hierfür sofort die Antwort abnotigt, wofür dann eine Stunde weniger gegeben wird, ist das Dilemma, in dem wir stecken...

Die Gefahr ist groß, dass diese Gesellschaft den Ast absägt, auf dem sie sitzt, wie Herr Oberreuter gesagt hat. Auch ich sehe die Notwendigkeit, dass wir alle aufgerufen sind, den Menschen noch deutlicher bewusst zu machen, dass es letztlich eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ist, der sie den Wohlstand und die persönlichen Freiheiten der positiven Entwicklung

der letzten 50 Jahre zu verdanken hat. Und wenn man nicht einmal mehr die inneren Gesetzmäßigkeiten des Funktionierens kennt, dann wird es gefährlich...

Ich möchte mich bedanken für das, was die Akademie leistet, auch bei der Lehrerfortbildung. Der Freistaat Bayern fördert diese Aufgaben der Akademie mit erheblichen Mitteln. Wir haben von den 12 Millionen, die wir insgesamt einsetzen, sechs Millionen für Tutzing aufgewandt. Dass das Geld dort sinnvoll verwendet wird, stelle ich überhaupt nicht in Frage. Ich stelle mit Freude fest, dass wir jetzt dort vor allem auch die Kontinuität eines sicheren Platzes haben. Ich möchte Prof. Oberreuter gratulieren, dass es ihm gelungen ist, die Vertragsverhandlungen so zu führen, dass es jetzt ein Erbbaurecht gibt und damit die Akademie Tutzing endlich ein festes Bleiberecht hat...

Es haben sich eine ganze Reihe neuer Themen entwickelt, die aufzugreifen für eine Akademie wichtig ist. Ich habe herausgehört, dass gezielt Themen aufgegriffen werden sollen, die



*Staatssekretär Karl Freller: Dank für die Leistungen der Akademie  
Foto: Kultusministerium*

tig – und wird von uns auch stark unterstützt – dass wir mit den Akademien, gerade auch mit der Akademie in Tutzing, Partner haben, die immer wieder deutlich darauf hinweisen, dass wir einen fundierten, tiefergehenden Diskussionsprozess brauchen, um die Zukunft der Gesellschaft entsprechend mit zu beeinflussen und zu steuern...

## Der neue Beirat der Akademie:

- Dr. Martin Balle, Verband Bayerischer Zeitungsverleger\*)*
- Bernhard Buckenleib, Katholische Erziehergemeinschaft in Bayern\*)*
- Klaus Dittrich, Deutscher Gewerkschaftsbund\*)*
- Prälat Dr. Valentin Doering, Katholische Kirche*
- Marion Fendt, Bayerischer Jugendring*
- Kathrin Geiger, Frauenverbände\*)*
- Dr. Friedemann Greiner, Evangelische Kirche*
- Karl Hemberger, Bayerischer Landessportverband*
- Dr. Wolfgang Heubisch, Verband Freier Berufe\*)*
- Siegfried Kett, Erwachsenenbildung*
- Prof. Dr. Franz Knöpfle, Hochschule für Politik*
- Dr. Hans Georg Löbl, Universität der Bundeswehr\*)*
- Thomas Morawski, Berufsjournalisten*
- Ruth Paulig, MdL, DIE GRÜNEN\*)*
- Horst Schmidt, MA, SPD*
- Dr. Manfred Schuhmann, MdL, SPD*
- Matthias Seling\*)*
- Lothar Semper, Handwerkskammer\*)*
- Dr. Dr. Simon Snopkowski, Israelitische Kultusgemeinde*
- Dr. Ludwig Spänle, MdL\*)*
- Oberbürgermeister Fritz Stahl, Kommunale Spitzenverbände*
- Dr. Jörg D. Stiebner, Industrie- und Handelskammer*
- Prof. Dr. Hans Stockinger, MdL, CSU*
- Dr. Wulf Treiber, Bayerischer Bauernverband\*)*
- Dr. Hans Peter Uhl, CSU\*)*

\*) neu berufen

<sup>1)</sup> in Auszügen



in der Gesellschaft unbedingt diskutiert werden müssen. Dazu danke ich Ihnen ebenso herzlich wie für die Motivation, die von Ihrer Akademie ausgeht, dass viele Menschen sich in der politischen Bildung engagieren. Ich kann mir nur wünschen, dass sich dies auch in Zukunft in gleicher Weise fortsetzt.

Was die Beschäftigung wissenschaftlicher Mitarbeiter angeht, da geht die Akademie mit viel Sachverstand und Geschick vor. Neueinstellungen werden nicht mehr auf Dauer, sondern befristet vorgenommen, damit die Organisationsstruktur der Akademie immer wieder erneuert wird...

Das Fazit kann nur lauten: Die Akademie beschreitet neue Wege in der Bildungsarbeit. Sie hat die Weichen in Richtung Modernisierung gestellt. Die politische Spitze, die Ministerin und ich, ist jederzeit ansprechbar. Eine große Offenheit für Ihr Haus und für die Leitung ist selbstverständlich... ■

## Sommerfest 2001



In diesem Jahr waren die tagelangen Vorbereitungen der Kolleginnen in der Küche und die Aufbauarbeiten der Hausmeister im Akademienpark nicht umsonst: Das Gartenfest trug seinen Namen 2001 im Gegensatz zu den Vorjahren zu Recht und musste nicht in die Räume und Säle verlegt werden. Mehrere Hundert Gäste und zahlreiche Ehrengäste konnte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter denn auch unter strahlend blauem Abendhimmel begrüßen. Bis spät in die laue Sommernacht hinein feierten Freunde und Förderer sowie die Beschäftigten der Akademie. Gesehen wurden: Staatsminister Reinhold Bocklet, zahlreiche Bundes- und Landtagsabgeordnete, Tutzings Bürgermeister Peter Lederer mit Gemeinderäten, Kultusminister a.D. Hans Maier, der frühere Akademiedirektor Manfred Hättich sowie mehrere Generalkonsuln und Vertreter der Bundeswehr. ■

ms

## Außenpolitik aus erster Hand

### Internationale Gesprächspartner für die Dozenten

Prof. Dr. Igor F. Maximytschew von der Akademie der Wissenschaften Russlands und Prof. Dr. Chih-Ming Chang von der National University



*Prof. Dr. Chih-Ming Chang: „Gegenwärtig gibt es kein einiges China, aber es bleibt ein Traum für die Zukunft“* Fotos: ms

Taiwan waren die interessanten Gesprächspartner für das Akademiekollegium im Rahmen zweier Kolloquien. Maximytschew, der im Herbst 1989 in der Sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin Zeitzeuge des Mauerfalls war, sprach und diskutierte über die neue Außenpolitik Russlands unter der Führung Präsident Putins. Dabei machte er deutlich, welch immense Bedeutung Russland der geplanten NATO-Osterweiterung zumisst. Nicht nur in weiten Teilen der Bevölkerung, sondern auch innerhalb der politischen und militärischen Eliten spielt das subjektive Bedrohungsgefühl eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Chang beleuchtete das komplizierte Verhältnis Taiwans zur Volksrepublik China in Zeiten des politischen und ökonomischen Wandels. Nach dem Machtwechsel in Taiwan im Frühjahr 2000 sieht er einen erhöhten Legiti-



*Prof. Dr. Igor F. Maximytschew: NATO-Osterweiterung von immenser Bedeutung für Russland*

mationsdruck für Peking. „Gegenwärtig gibt es kein einiges China, aber es bleibt ein Traum für die Zukunft.“ Friedliche Koexistenz und besondere Beziehungen der beiden Staaten („Ein Land - zwei Systeme“) prägen die Gegenwart. Die Zukunft könne durchaus in einer Konföderation liegen. ■

ms

Akademie für Politische Bildung, Tutzing /  
Bayerische Landeszentrale für politische Bildungs-  
arbeit, München (Hrsg.)

Koordination: Jürgen Maruhn / Manfred Wilke

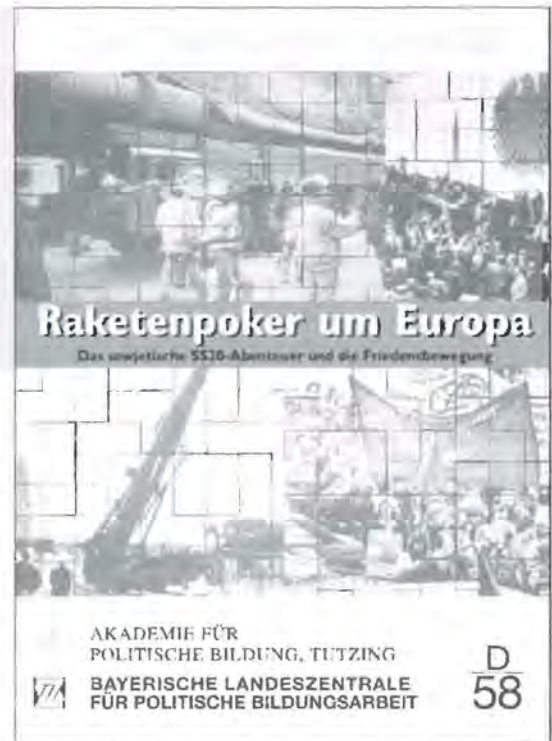
### **Raketenpoker um Europa**

**Das sowjetische SS 20-Abenteuer  
und die Friedensbewegung**

München 2001, 348 S. (kostenlos erhältlich bei der  
Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungs-  
arbeit, München)

Aus dem Vorwort der Herausgeber:

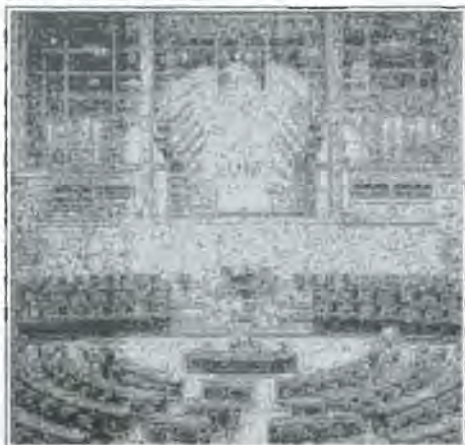
... So bleibt am Ende der wenn auch vorläufige Befund  
- eine umfassende wissenschaftliche Gesamtdarstellung  
steht hierzu noch aus -, dass die späten 70er und die  
frühen 80er Jahre in der Auseinandersetzung zwischen  
West und Ost eine zentrale und außerordentlich kriti-  
sche Konfliktstruktur brachten, an deren Ende der Tri-  
umph der Freiheit in ganz Europa stand. Dieser Triumph  
war dabei keineswegs selbstverständlich. Demokratien  
sind, wie das ganze 20. Jahrhundert gezeigt hat, trotz  
ihrer sich aus dem Freiheitsprinzip speisenden beson-  
deren Vitalität, nicht per se die stärkeren Ordnungen,  
die sich gewissermaßen naturgesetzlich durchsetzen. Für  
die politische Bildung muss dies heißen, dass sie ihren  
Beitrag dazu leistet, zentrale Ressourcen für die Be-  
standsfähigkeit von Demokratien wie Rationalität, in-  
nere Disziplin und Selbstbehauptungswillen zu stärken,  
damit auch künftig Verführung nicht obsiegen kann. ...  
... Wir wünschen diesem breit angelegten Sammelband  
mit zahlreichen pointierten Positionen, der auf eine Ta-  
gung der Akademie für Politische Bildung zum Thema  
im Jahre 1999 zurückgeht, in diesem Sinne zahlreiche



engagierte und kritische Leser. Es geht uns dabei,  
um dies abschließend festzustellen, nicht um wohl-  
feile Verurteilungen oder eine triumphierende Ge-  
bärde des Recht bekommen Habens. Es geht viel-  
mehr darum, durch den Aufweis von Stärken und  
Schwächen, von zutreffenden und falschen Beur-  
teilungen zur für die politischen Bildung essenti-  
ellen Fähigkeit beizutragen, in schwierigen Situati-  
onen die richtigen Maßstäbe anzulegen und über die  
notwendige Urteilskraft zu verfügen.

Heinrich Oberreuter / Uwe Kranenpohl /  
Martin Sebaldt (Hrsg.)

### **DER DEUTSCHE BUNDESTAG IM WANDEL**



ERGEBNISSE NEUERER  
PARLAMENTARISMUSFORSCHUNG

Westdeutscher Verlag

Heinrich Oberreuter / Uwe Kranenpohl /  
Martin Sebaldt (Hrsg.)

### **Der Deutsche Bundestag im Wandel Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung**

Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden 2001,  
307 S., DM 58,--

**D**er Deutsche Bundestag hat über die Jahrzehnte in sei-  
nem Grundgefüge und seiner Funktionslogik eine er-  
staunliche Konstanz und Effizienz bewahrt. Gegenwärtig  
steht das Parlament aber auch vor neuen Herausforderun-  
gen: Veränderte Bedingungen der Medienpräsenz, die Wie-  
dervereinigung, die Dynamik des europäischen Integra-  
tionsprozesses und die Entwicklung einer partizipations-  
freudigen civil society stellen erweiterte Anforderungen an  
die Leistungsfähigkeit des Bundestags. In diesem Buch  
werden die Ergebnisse zu allen wichtigen Bereichen der  
neueren Parlamentarismusforschung vorgelegt und zu ei-  
ner gehaltvollen Bilanz des gegenwärtigen Forschungs-  
standes verdichtet. Dabei zeigt sich, dass der Bundestag  
entgegen aller Kritik eine leistungsfähige und auch bürger-  
nahe Repräsentationskörperschaft ist.



Thoralf Schwanitz in der PASSAUER NEUEN PRESSE vom 16. Juli 2001:

### Risiken und Nebenwirkungen der größeren EU

... Einig war sich das akademische Quintett, dass Europa einmal zusammen wachsen könne – schließlich gibt es seit Jahrhunderten ein gemeinsames kulturelles Erbe mit den Nachbarn im Osten. Doch das Beschwören der Geschichte reiche nicht, warnte Bayerns Finanzminister Kurt Faltlhauser. Er sieht die Gefahr einer Überforderung aller Beteiligten: Derzeit werde die finanzielle Last der Osterweiterung „bagatellisiert“. Den Beitrittskandidaten dürfe nach ihrer Aufnahme nicht rücksichtslos der freie Markt „übergestülpt“ werden. ...

... Doch die heutige Freiheit der osteuropäischen Länder bedeute nicht, dass sie bei den EU-Beitrittsverhandlungen gleichberechtigt seien – so der Befund des ungarischen Wirtschaftsprofessors András Inotai: „Wer sich dem Club anschließen will, muss sich anpassen. Die Spielregeln gibt Brüssel vor“, resümierte er. Nur wirklich gut vorbereitete Länder sollten zum ersten Beitrittstermin in die EU aufgenommen werden – Ungarn gehöre unbedingt dazu. ...

... Gerade weil der Prozess der europäischen Integration beispiellos ist, konnte der Passauer Tetralog zwar viele Symptome großer und kleiner Probleme benennen – ein Allheilmittel zu deren Lösung hat auch er freilich nicht gefunden. Da aber Humor bekanntlich die beste Medizin sein soll, gewährte Erhard Busek augenzwinkernd Einblick in den Alltag des grenzenlosen Europas: „In ungarischen Supermärkten wird schon heute zweimal täglich die österreichische Hymne gespielt. Dann gehen die Österreicher in Hab-Acht-Stellung – und die Ungarn kommen auch mal an die Regale.“

(siehe Seite 9)

Sigrun Eibner in der NÜRNBERGER ZEITUNG vom 24. Oktober 2001:

### Nur Wut auf Amerika oder Kampf der Kulturen?

„Nach dem 11. September ist nichts mehr wie es war“ – diese Aussage ist seit den Terroranschlägen in New York und Washington immer und immer wieder zu hören. Doch was hat sich tatsächlich geändert, gibt es wirklich eine neue Weltordnung oder sind die Veränderungen längst nicht so tiefgreifend wie zunächst angenommen? Um diese Fragen kreiste eine Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, die ursprünglich die Rolle des „freundlichen Hegemons“ USA ergründen wollte, doch durch die Terroranschläge einen ganz neuen Schwerpunkt erhalten hatte.

Für Michael Staaek, Professor an der Bundeswehr-Universität in Neubiberg, stellen die Ereignisse des 11. September keine grundlegende Zäsur wie etwa das Jahr 1989 dar, in dem mit dem Fall der Mauer das Ende des Kalten Krieges eingeläutet wurde. „Die USA haben den Kampf mit dem Terror aufgenommen, doch glücklicherweise wird dieser Kampf nicht zum viel beschworenen Kampf der Kulturen stilisiert“, erklärt Staaek mit Hinweis auf das besonnene und rational kalkulierte Handeln der US-Regierung.

Diese Ansicht teilt Michael Zöllner, Professor an der Universität Bayreuth, in keiner Weise. Seiner Meinung nach wurde auf der Suche nach den Ursachen des Terrors die Theorie vom Zusammenprall verschiedener Kulturen zu schnell beiseite geschoben. „Die Überzeugung, dass man den 11. September mit der Globalisierung oder dem Vormachtstreben der USA erklären könnte, ist ein fundamentales Missverständnis“, sagt Zöllner. Vielmehr sieht der Wissenschaftler einen Kampf gegen die Zivilisation, die als Ganzes zerstört werden soll. Dieser „innerislamische Bürgerkrieg“, der nun auch im Westen geführt werde, wird sich nach Ansicht Zöllners noch verschärfen. „Dies sind die schmerzhaften Versuche des Islam, das Mittelalter zu verlassen“, erklärt der Professor mit Blick auf Parallelen in Europa vor dem Zeitalter der Aufklärung. Die aktuelle US-Politik sei deshalb für Erklärungsmodelle nicht geeignet.

Das sieht James Davis vom Geschwister-Scholl-Institut in München anders. „Die USA waren auf dem Weg in eine unipolare Welt“, charakterisiert

Davis die Situation vor den Anschlägen. Schon die Außenpolitik von US-Präsident Bill Clinton, vor allem aber die George W. Bushs in den ersten Amtsmonaten sei von Arroganz und Selbstüberschätzung geprägt gewesen. Beispielsweise der Ausstieg aus den Umweltschutzziele des Kyoto-Protokolls oder das Veto gegen die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs waren eindeutige Belege für die Überzeugung Washingtons, Politik im Alleingang durchsetzen zu können. Doch auch Europa hätte sich nach Ansicht Davis' mit einer übermächtigen USA und der daraus resultierenden bequemen Rollenverteilung arrangiert: „Der Juniorpartner musste weniger Verantwortung tragen und konnte sich guten Gewissens auf seine eigenen Probleme konzentrieren.“...

### „Metaphysischer Kampf“

Die Terroranschläge markieren den Beginn einer neuen Phase multilateraler Beziehungen – in diesem Punkt waren sich Referenten und Teilnehmer der Tagung weitgehend einig, doch in der Frage der Ursachen und der Reichweite der Bedrohung gab es erhebliche Meinungsunterschiede. ...

## **EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT**

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltsmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung "Demokratie und Nation - ein deutsches Dilemma" sowie Unterstützung der Expertentagung "Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa" durch projektbezogene Spenden. Bisher wurde ein Publikationsprojekt und der Akademie-Bus durch den Förderkreis finanziert.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 30,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50

Konto-Nr. 430 592 477

-----  
An den  
Förderkreis der  
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

### **BEITRITTSERKLÄRUNG**

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

☐ Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.

☐ Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname: .....

Titel, Beruf: .....

Anschrift, Telefon: .....

Datum, Unterschrift: .....



# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Dezember

- 49-1\*** 3. – 7. 12. **Großbritannien auf dem Weg ins neue Jahrtausend**  
 Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
 Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Gerhard Finster  
 Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 49-2\*** 3. – 5. 12. **Aktuelle Fragen zu Politik und Gesellschaft**  
 Seminar für Mitglieder des Bayerischen Bauernverbandes  
 Leitung: Jürgen Weber  
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 49-3** 7. – 8. 12. **Meinungsmacht – global und multimedial**  
 Leitung: Michael Schröder  
 Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 50-1\*** 10. – 12. 12. **Politische Bildung und Medien**  
 In Kooperation mit dem staatlichen Studienseminar für berufliche Schulen Südbayern und der Landesbildstelle Südbayern  
 Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Johannes Philipp  
 Sekretariat: Belinda Bachmann Tel. 08158/256-59
- 50-2** 13. – 15. 12. **Globalisierung und Dritte Welt**  
 Leitung: Klaus Grosch / Peter Hampe / Karl-Heinz Willenborg  
 Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 51-1\*** 17. – 19. 12. **Politische Bildung und Medien**  
 In Kooperation mit dem staatlichen Studienseminar für berufliche Schulen Südbayern und der Landesbildstelle Südbayern  
 Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Johannes Philipp  
 Sekretariat: Belinda Bachmann Tel. 08158/256-59
- 51-2** 17. – 19. 12. **Ökologie des Hörens – Von der Lärmumwelt zum Klangdesign**  
 In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing (auch Tagungsort)  
 Leitung: Michael Schröder / Axel Schwanebeck
- Info und Anmeldung: (Mo - Do 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr)  
 Elke Tuchenhagen Tel. 08158/251122 - Telefax: 08158/996422  
 Email: tuchenhagen@ev-akademie-tutzing.de

Wir leben heute in einer lauten Welt. In früheren Zeiten hingegen waren die Menschen von einer gänzlich anderen Geräusch- und Klangwelt umgeben. Während es nur wenig auditive Konkurrenz zur menschlichen Stimme und zu den Naturgeräuschen gab, dominieren gegenwärtig Geräusche von Maschinen, Autos und Flugzeugen. Die verschiedenen Lärmquellen stellen zunehmend eine erhebliche gesundheitliche Belastung dar. Psychoakustiker und HNO-Ärzte warnen seit langem vor den zum Teil irreversiblen Schäden der Lärmemissionen, die bereits zu einem starken Anstieg von Hörstörungen geführt haben.

In den letzten Jahren lässt sich allerdings eine Sensibilisierung für das „Hörbare“ nicht nur von den Pionieren der öko-

logischen Klangbewegung beobachten: Zahlreiche Initiativen gegen die Belästigung durch Fluglärm und Verkehr haben sich formiert. Doch Lärmbekämpfung wird noch immer eher defensiv betrieben, seltener als eine Strategie der bewussten akustischen Gestaltung der Umwelt. Zu fragen wäre in diesem Zusammenhang danach, wie es um die akustische Umwelt, wie um den Klang der Dinge in Gesellschaft, Wirtschaft und Schule steht? Droht eine Verlärmung der Gesellschaft? Welche Perspektiven bietet die akustische Gestaltung? Wie wird sich die Zukunft des Hörens gestalten?

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Januar

- 2-1** 11. – 13. 1. **Umgang mit Opfern**  
Leitung: Jürgen Maruhn  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 3-1\*** 14. – 16. 1. **Welche Ethik braucht Entwicklungszusammenarbeit?**  
In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie  
Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 3-2** 14. – 18. 1. **Politik kritisch hinterfragt**  
Interviewtraining in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau  
Leitung: Michael Schröder  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 4-1\*** 21. – 25. 1. **Demokratien in Mittelosteuropa – Entwicklung, Perspektiven**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Jürgen Weber / Heribert Schorm  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 4-2** 23. – 24. 1. **Denkmalschutz: Privatinitiative statt staatlicher Gängelung?**  
In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung  
Leitung: Horst Denzer / Gerd Rudel  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 4-3** 25. – 26. 1. **Kommunal - Privatisierung**  
Leitung: Jürgen Maruhn  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

## Februar

- 5-1** 28. 1. – 2. 2. **Politik erfahren und gestalten**  
Simulationen von Internationalen Organisationen  
In Kooperation mit dem European Forum e.V.  
Für Studenten (aus allen Ländern) in englischer Sprache  
Leitung: Michael Piazolo  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 7-2** 15. - 17. 2. **Wozu Geschichte? Geschichtspolitik und kulturelle Hegemonie**  
Leitung: Heinrich Oberreuter  
Sekretariat: Brigitte Hertenberger Tel. 08158/256-47
- 7-3** 13. – 15. 2. **Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser - Verbraucherschutz unter die Lupe genommen**  
In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Hausfrauen (AEH), Landesverband Bayern e.V.  
Leitung: Michael Piazolo  
Sekretariat: Belinda Bachmann Tel. 08158/256-59



# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- 8-1\*** 18. – 22. 2. **Projektarbeit im GSE-Unterricht**  
Leitung: Peter Hampe / Eva-Maria Post-Lange  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 8-2\*** 18. – 22. 2. **Zwischen Mauerbau und Nachrüstung:  
Deutschland in den 60er und 70er Jahren**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 8-3\*** 22. – 24. 2. **Environment/Metropolis: The Spaces of American History**  
In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Amerikastudien  
Leitung: Klaus Grosch  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 8-4** 20. 2. **Akademiegespräch im Landtag**  
Leitung: Heinrich Oberreuter  
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
- 9-1** 25. – 27. 2. **Bundesweit wählen – lokal berichten  
Redaktionsstrategien für den Bundestagswahlkampf im Lokalteil**  
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale  
für politische Bildung und dem Institut für Journalistenausbildung  
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau  
Leitung: Michael Schröder / Berthold Flöper  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 9-2** 26. – 28. 2. **Menschenrechte - Ethik - Sozialarbeit  
Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession**  
In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Berufsverband  
für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Heilpädagogik e.V. (DBSH)  
Leitung: Klaus Grosch  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

## März

- 10-1** 7. – 9. 3. **Advocating for intercultural and interfaith understanding**  
In Kooperation mit der National Louis University, Heidelberg  
Leitung: Klaus Grosch  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 10-2** 8. – 9. 3. **Auslaufmodell Flächentarifvertrag?  
Herausforderungen für die Tarifpartner**  
Leitung: Peter Hampe  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 10-3\*** 4. – 6. 3. **Interkulturalität als institutionelle Aufgabe**  
In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Kooperation in der  
Ausländerarbeit, München  
Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- 11-1\*** 11. – 15. 3. **Die EU und ihre östlichen Nachbarn:  
Kooperation und Integration für die Zukunft Europas**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 11-2** 12. 3. **Nationale Minderheiten in Europa - Sprengstoff oder Sauerteig?**  
Symposium mit der Akademie Dillingen, dem Bayerischen Rundfunk und dem Haus des Deutschen Ostens  
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 12-1\*** 18. – 22. 3. **Konflikte und Herausforderungen in Schule und Gesellschaft**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Peter Hampe / Eva-Maria Post-Lange  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 12-2** 18. – 20. 3. **Ausländer in unserer Region - Minderheiten in die Zeitung holen**  
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Bundespresseamt und dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau  
Leitung: Michael Schröder / Renko Thiemann  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 12-3\*** 20. – 21. 3. **Politik an der Leine der Verwaltung?  
Politikmanagement zwischen Wertorientierung und Tagesaktualität**  
In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Lehrgang für Verwaltungsführung  
Leitung: Horst Denzer  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 12-4** 22. – 24. 3. **Bilder machen Kanzler - Integrierte Wahlkampfkommunikation  
PR und Politik II**  
In Zusammenarbeit mit der Deutschen Public Relations Gesellschaft  
Leitung: Manfred Schwarzmeier  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

## April

- 14-1** 3. – 5. 4. **Die Europäische Union vor der Erweiterung: Der Kandidat Ungarn**  
In Kooperation mit der Europäischen Akademie Bayern e.V.  
Leitung: Michael Piazzolo  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 14-2** 5. – 7. 4. **Gewerkschaften wozu?**  
Leitung: Jürgen Maruhn  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53



# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- 15-1/2\* 8. – 10. 4. Sozialkunde wohin? Neue Wege des Sozialkundeunterrichts**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 15-3\* 8. – 10. 4. Lehrer als Staatsbürger – Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Jürgen Weber / Heribert Schorm  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 15-4\* 10.-12. 4. Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung: Gewaltbereitschaft und politischer Extremismus**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 15-5 12. – 14. 4. Glanz der Infrastruktur, Elend der Demokratie? Entwicklung der Demokratie in den neuen Ländern**  
Leitung: Horst Denzer  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 16-1 15. – 17. 4. Geschichtspolitik in der Diskussion**  
In Zusammenarbeit mit dem DVPW-Arbeitskreis „Politik, Kultur, Sprache“  
Leitung: Jürgen Weber / Wolfgang Bergern  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 16-3 17. – 19. 4. Wirtschaft jenseits des Wirtschaftsteils**  
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau  
Leitung: Michael Schröder  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 17-1\* 22. - 25. 4. Gewalt und Toleranz in und zwischen Gesellschaften**  
Schülerforum zu aktuellen Fragen der Politik  
Leitung: Manfred Schwarzmeier / Miriam Wolf  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 17-2 25. – 27. 4. Agrarwende? Zur nachhaltigen Nutzung ländlicher Räume**  
Leitung: Peter Hampe  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 18-1 29. - 30. 4. Deutschlands weltpolitische Rolle und seine außenpolitischen Eliten**  
Leitung: Heinrich Oberreuter  
Sekretariat: Brigitte Hertenberger Tel. 08158/256-47

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Belinda Bachmann      | <a href="mailto:B.Bachmann@apb-tutzing.de">B.Bachmann@apb-tutzing.de</a>           |
| Heike Bäuerle         | <a href="mailto:H.Baeuerle@apb-tutzing.de">H.Baeuerle@apb-tutzing.de</a>           |
| Renate Heinz          | <a href="mailto:R.Heinz@apb-tutzing.de">R.Heinz@apb-tutzing.de</a>                 |
| Brigitte Hertenberger | <a href="mailto:Chefsekretariat@apb-tutzing.de">Chefsekretariat@apb-tutzing.de</a> |
| Ina Rauš              | <a href="mailto:I.Raus@apb-tutzing.de">I.Raus@apb-tutzing.de</a>                   |
| Karin Sittkus         | <a href="mailto:K.Sittkus@apb-tutzing.de">K.Sittkus@apb-tutzing.de</a>             |

Die Akademie im Internet: [www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)

# Namen und Nachrichten

## aus der Akademie

### DIREKTOR

**Prof. Dr. Heinrich Oberreuter** hielt u.a. Vorträge in Nürnberg über verantwortliches Handeln zwischen Vernunft und Ideologie, in München über direkte Demokratie sowie über die deutsch-polnischen Beziehungen im Rahmen einer polnischen Diplomatenkonferenz, in Mailand über politische Kommunikation im Wahlkampf, in Nijmegen über Strategien der Opposition. Podiumsdiskussionen bestritt er u.a. in Bad Kissingen („Geschichtsdeutungen“) und Bonn („Regierungstechnik von morgen“).

### KOLLEGIUM

**Prof. Dr. Peter Hampe** hielt bei der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung in Dresden und bei der Landespolizeischule in Bautzen Vorträge über die „Zukunft der Erwerbsarbeit“ und über die wirtschaftlichen Probleme in den Neuen Bundesländern. In München sprach er für die Europa-Union und für die Katholische Erziehergemeinschaft über „Der Euro kurz vor der Einführung“. Im September nahm er in Foros/Yalta an einer internationalen Wissenschaftskonferenz zum Thema „Problems of Economic Integration of Ukraine into the European Union“ teil und referierte dabei über „Ten Years of Transition in the Former Socialist Countries: A Political-Economic Balance“.

### VERWALTUNG

Als neue Tagungssekretärin begrüßen wir Frau **Ingrid Rauß**.

Der Zivildienstleistende **Elia Schweizer** hat seinen Dienst in der Akademie beendet. Sein Nachfolger ab 1. September ist **Hermann Hansen**.

#### E-Mail-Adressen des Kollegiums:

H.Denzer@apb-tutzing.de  
K.Grosch@apb-tutzing.de  
P.Hampe@apb-tutzing.de

J.Maruhn@apb-tutzing.de  
M.Piazolo@apb-tutzing.de  
M.Schroeder@apb-tutzing.de

M.Schwarzmeier@apb-tutzing.de  
J.Weber@apb-tutzing.de  
K.Willenborg@apb-tutzing.de  
M.Wolf@apb-tutzing.de

**Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:**  
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing